

TRAUMA EINER STADT

Eine Ausstellung über Menschen,
Ansichten und Gesetze

Rostock-Lichtenhagen – ein Jahrzehnt danach



Bürgerinitiative Bunt statt braun e.V.

Inhalt

Inhalt

Einführung

- Einführung zu Motivation, Kontext, Blickwinkeln und Ergänzungen
- Chronologie der Ausschreitungen vom 22. bis 26. August 1992
- die Chronologie in englischer Übersetzung, (geeignet für den Fremdsprachenunterricht)
- Gliederung der Ausstellung
- die Tafeln im Einzelnen mit Zusammenfassung, Erläuterungen und Ergänzungen
- weiterführende Literatur
- Ausblick

Einführung

Kostbar ist sie, unsere Demokratie. Hat sie Deutschland doch 55 Jahre den Frieden gesichert – das ist mehr, als es jede andere deutsche Staatsform zuvor geschafft hat. Verwundbar ist sie auch, etwa wenn das Verantwortungsbewusstsein, das für eine funktionierende Demokratie notwendig ist, auf amtlicher und individueller Ebene fehlt. Das haben wir bei pogromartigen Ausschreitungen im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen erlebt, als nach Tagen der Gewalteskalation ein Wohngebäude unter dem Beifall tausender Menschen in Brand gesetzt und ein Mordanschlag auf über 120 im Haus eingeschlossene Menschen versucht wurde.

Jeder, der oder die sich die Details der Geschehnisse dieser Ausschreitungen vergegenwärtigt, erschrickt: Ist das wirklich so passiert? Wie war das nur möglich? Weil etwas so Unvorstellbares in den Tagen um den 24. August 1992 geschah, dass Tausende Bürgerinnen und Bürger ihren Verstand und ihre Menschlichkeit aufgaben und alle Sicherheitssysteme unserer Gesellschaft gleichzeitig versagten, tun wir gut daran, die Faktoren kennenzulernen, die zu diesem „Gau“ geführt haben. Damit können wir das Vertrauen in unsere Gesellschaft und unsere Mitmenschlichkeit wiedererlangen. Wir haben die Chance, uns zu verändern, damit unsere Demokratie keine Schönwetter-Staatsform ist, sondern ein robustes Instrumentarium, welches die Rechte von Minderheiten auch in Krisensituationen wirkungsvoll zu schützen versteht.

Die Hansestadt Rostock ist dabei auf einem achtbaren Weg. Der 10. Jahrestag der Ausschreitungen um den 24. August 1992 war uns Anlass, den bereits zurückgelegten Wegabschnitt anzuschauen und für ein breites Publikum nachvollziehbar zu machen. Die Faktoren, die zu den Ausschreitungen geführt haben, waren so komplex, wie die Schritte auf dem Weg zu einem friedlichen, weltoffenen und demokratischen Miteinander vielfältig sind. Sie verdienen es, von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Die Ausstellung als Dokumentation der Aufarbeitung

Vor diesem Hintergrund entwickelte die Bürgerinitiative Bunt statt braun e.V. im Jahr 2002 gemeinsam mit der Qbus Agentur für Werbung und Kommunikation und mit etwa 20 Partnerorganisationen die 24 Tafeln umfassende Ausstellung „Von Menschen, Ansichten und Gesetzen. Rostock-Lichtenhagen – 10 Jahre danach“. Es ist der Versuch, eine Vielzahl verschiedener Blickwinkel auf die damaligen Ereignisse und den bisherigen Aufarbeitungsprozess zu verbinden, um einen möglichst breiten gesellschaftlichen Rückhalt für eine weitergehende Aufarbeitung des Traumas von 1992 zu erzielen.

Die Menschen, die die Ausschreitungen erlebten, tragen diese Erfahrungen seither mit sich. Jeder hat die Geschehnisse aus einem individuellen Blickwinkel heraus erlebt und interpretiert. Für einige waren sie Anlass, sich intensiv mit den Zusammenhängen und Konsequenzen auseinander zu setzen. Für andere sind die Eindrücke für weitere Entscheidungen und Haltungen im Leben prägend gewesen. Eine nicht zu kleine Gruppe räumt den Ereignissen von damals keinen großen Stellenwert mehr ein und sieht sich vorrangig mit der Außenwirkung konfrontiert.

Wir dürfen nicht vergessen: Für die Betroffenen, die damals Todesängste ausstanden, waren die Ereignisse am bittersten. Ein Teil der Vietnamesen unter ihnen reagierte mit einer bemerkenswerten Initiative, indem sie die deutsch-vietnamesische Begegnungsstätte Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V. gründeten (Tafel 21). Die Art der juristischen Aufarbeitung spielte für viele von ihnen eine wesentliche Rolle (Tafel 9). Sie wollen verständlicherweise heute nicht mehr in ihrer Rolle als Opfer von 1992 gesehen werden. Sie sind Menschen, die in Rostock leben und arbeiten, Nachbarn. Eine Anerkennung nur als hilfloses Opfer nach vielen Jahren Berufstätigkeit kann auch Entwertung sein.

Der ehemalige Vorsitzende des Vereins, Nguyen do Thinh, schloss seine Rede zum 10-jährigen Gedenken an die Ausschreitungen mit der Bitte: „Erinnern, nicht um der Erinnerung wegen, um zu kritisieren, nicht um zu mahnen, sondern erinnern, um nach vorne zu schauen. Und ich glaube, gemeinsam schaffen wir das. Wir, die Zugewanderten, brauchen Sie, aber ich glaube umgekehrt, Sie brauchen uns auch.“¹

Rückblickend betrachtet trugen mindestens vier Komponenten zum Trauma der Stadt bei. Zum einen der Schock über den Ablauf der Ereignisse insgesamt (s. Chronologie der Ausschreitungen). Zum anderen die verhängnisvolle Verwechslung von Schuldigen und Opfern. Als Drittes der Schock über die fatale und anhaltende Außenwirkung. Und viertens die unbefriedigende juristische Aufarbeitung (Tafel 9).

(1) N. Thinh (2002) in: Hansestadt Rostock Pressestelle (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach.

Täter oder Opfer?

Das Ausland reagierte auf Deutschland und Deutschland auf Rostock mit Unverständnis und Abscheu. Der ehemalige Oberbürgermeister der Hansestadt Herr Dr. Dieter Schröder fasste die Situation 2002 eindrucksvoll zusammen:

„Während der eine deutsche Staat vor 1990 Wiedergutmachung früheren Unrechts anstrebte und der andere eine radikale antifaschistische Wendung zum Ziel hatte, stellen sich viele in der Welt noch immer die Frage, wie der staatlich organisierte Massenmord an jüdischen Mitbürgern und europäischen Nachbarvölkern durch den deutschen Staat möglich war und weshalb die Masse der Deutschen dabei weggesehen hat. ... Wir sollten niemals vergessen, dass 1990 mit dem 2+4-Vertrag unsere Geschichte eine unerwartete Wendung zur Erneuerung der Einheit genommen hat, die Skepsis aber geblieben ist, ob die Deutschen sich wirklich von Grund auf gewandelt haben. Dieser Skepsis hat „Lichtenhagen“ Nahrung gegeben.“²

Letztlich sahen die Täter ihr Handeln nachträglich durch Äußerungen von Repräsentanten von Regierung und Opposition auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene (Tafel 2) sowie mit der darauf folgenden Änderung des Grundgesetzes Art. 16 und der gesamten Asylgesetzgebung 1993 legitimiert (Tafel 14).

Bis heute werden von Teilen der Bevölkerung die damals eingereisten Roma, nicht die Stadt- und Landesverwaltung oder die mit den Brandstiftern sympathisierenden Zuschauer, als Verursacher, als die Schuldigen empfunden. In der anhaltenden Verwechslung von Opfern und Tätern spiegelt sich wider, dass das Trauma bis heute nicht ausreichend verarbeitet wurde. (Vgl. Erläuterungen Tafel 3 und 4)

Keiner will dabei gewesen sein

Protest, Scham und Solidarität mit den Opfern finden eine Woche nach den Ausschreitungen ihren Ausdruck in einer gewaltigen Demonstration. Doch zugleich entziehen sich zu viele der Verantwortung. „‘Urlaub‘ ist eines der häufigst verwandten Worte in dem Untersuchungsbericht“ der Bürgerschaft.³ Umso mehr werden Schuldzuweisungen laut (Tafel 7).

Viele Rostocker und insbesondere Lichtenhäger sehen sich missbraucht durch eine Verquickung der Interessen der bundesweit organisierten Rechtsextremen und der Bundespolitik. Rechtsradikalen gegenüber offenbarten die Beifall klatschenden Zuschauer allerdings einen einmaligen Rückhalt im Deutschland des Jahres 1992. Vielfältig sind die Ängste, die

(2) D. Schröder (2002) in: Hansestadt Rostock Pressestelle (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach.

(3) D. Schröder (2002) in: Hansestadt Rostock Pressestelle (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach.

Rostocker davon abhalten, sich öffentlich mit der Geschichte von Lichtenhagen 1992 auseinanderzusetzen. Wer will schon Gefahr laufen, Bekannte oder sich selbst als möglicherweise Beteiligte in Rechtfertigungsnot zu bringen? Viele fürchten, dem geschädigten Ruf der Stadt mit den entsprechenden wirtschaftlichen Folgen noch mehr Nahrung zu geben. Hinzu kommen: Scham für die mangelnde Solidarität mit den ausländischen Einwohnern und Einwohnerinnen; die Einschätzung, dass der Osten durch die westliche Medienberichterstattung diskriminiert werde und Rostock in seiner Wirtschaftsentwicklung nur gebremst werden solle; Gleichgültigkeit – „Es ist doch nichts Ernsthaftes passiert“; Überdruß – „Es muss doch mal gut sein“ sind weitere Gründe für die Nichtannahme der geschichtlichen Ereignisse durch die Bevölkerung. Es gibt auch eine Reihe von Menschen, die ihre Lähmung überwinden und einen Lernprozess anregen. Viele wollen ihr Mögliches dazu beitragen, dass es nie wieder zu derartigen fremdenfeindlichen Ausschreitungen kommen kann.

Die damals wirksamen Faktoren funktionieren heute grundsätzlich auch.

Sicher ist, dass das Versagen auf ganzer Linie (Gesellschaft, Kommunal- und Landespolitik, Polizei, Judikative) zum guten Teil durch die Schwächen einer allumfassenden Neustrukturierung in Folge der politischen „Wende“ bedingt war. Die Gesellschaft hat sich seither nicht wesentlich geändert. Populismus, Stammtischparolen, Ausgrenzung, das allgemeine Wertesystem, die emotionale Aufputschbarkeit der Gesellschaft – das alles ist Teil unserer Gesellschaft. Grenzen werden auch heute überschritten. Die Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen wird nicht überall und jederzeit respektiert. Dies ist eine Stimmungslage, die auch aus der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ entspringt. Die damals wirksamen Mechanismen funktionieren heute grundsätzlich auch (Tafel 17).

Seit Anbeginn wandern Menschen von einem Ort zu einem anderen, um dort eine neue Heimat zu gewinnen (Tafel 13). Oft ist die Trennung unfreiwillig: Verfolgung, Krieg, Terror, Hunger zwingen sie dazu, ihr Haus, ihre Verwandten und Freunde zu verlassen. Sie brauchen dann unsere Hilfe und unseren Schutz, so wie auch wir Schutz und Hilfe suchen würden, wäre unser eigenes Leben oder das unserer Kinder in Gefahr. Es gibt aber genauso das ganz normale Leben, das Menschen zu Migranten macht. Ein Studium, eine Heirat, eine gute Arbeit oder der Aufbau eines eigenen Unternehmens. Europa wird größer und die Grenzziehung zwischen den einzelnen Staaten wird undeutlicher. Wanderungen werden zunehmen. Ängste, die vor der Veränderung, vor dem „Fremden“ entstehen, werden durch Wissen um uns selbst und den anderen klein. Gewaltausbrüche zu verhindern und Konflikte rechtzeitig zu erkennen ist eine gesellschaftliche und persönliche Aufgabe. Offenheit dem Unbekannten gegenüber, Toleranz ohne Wertung und Akzeptanz verhelfen uns zu einem friedlichen Zusammenleben.

In Ergänzung zur Ausstellung: die didaktische Handreichung „Mitten unter uns“

Die Wanderausstellung ist seit ihrer Eröffnung 2002 fast ununterbrochen durch Mecklenburg-Vorpommern getourt. Überrascht erfuhren wir aus der Resonanz, dass die Ausschreitungen von 1992 sehr vielen Schülerinnen und Schülern der Region Rostock unbekannt sind. Davon waren wir zum Zeitpunkt der Erstellung der Ausstellung nicht ausgegangen! Dieses Basiswissen nach zu reichen und Antworten auf häufig gestellte Fragen zu liefern, gab uns den Impuls für die vorliegende Broschüre. Zugleich enthält sie einige Aktualisierungen.

Einfühlungsvermögen zu fördern ist ein wichtiges Anliegen der Ausstellung. Darauf zielt auch unsere zeitgleich mit dieser Broschüre entwickelte didaktische Handreichung „Mitten unter uns“, auf die wir insbesondere Lehrerinnen und Lehrer sowie Multiplikatoren der außerschulischen Jugendbildung aufmerksam machen möchten. Mit Hilfe der Handreichung können bereits Schülerinnen und Schüler der Altersstufe 10 – 14 Jahre auf die in der Ausstellung relevanten Themen vorbereitet bzw. der Besuch der Ausstellung für Jugendliche vor- und nachbereitet werden.

Wir hoffen damit die Umsetzung des Rahmenplans zur Interkulturellen Erziehung ⁴ an Schulen zu erleichtern. Die Unterrichtsmaterialien für acht Unterrichtseinheiten umfassen fertig ausgearbeitete Arbeitsblätter samt Hintergrundinformationen, weitere Projektangebote, eine Datenbank u.v.m. und ist bei der Geschäftsstelle von Bunt statt braun e.V. erhältlich.

Der vollständige Ausstellungstext kann – auch in englischer Sprache – im Internet unter www.ausstellung-rostock-lichtenhagen.de als pdf-Datei heruntergeladen werden. Die Ausstellung wird hier in Verbindung mit der interaktiven Lernsoftware des EU-Projektes „Living with conflict“ vorgestellt.

(4) Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, 2002

Chronologie der Ausschreitungen

ROSTOCK-LICHTENHAGEN „SONNENBLUMENHAUS“

Ort: Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber („ZAst“),

Einrichtung des Landes Mecklenburg-Vorpommern,
Mecklenburger Allee 18

und Wohnheim der vietnamesischen Vertragsarbeiter,
Mecklenburger Allee 19

Zeit: 22. – 26. August 1992

■ VORGESCHICHTE

Jeder Asylbewerber im Land muss die ZAst durchlaufen, um im späteren Verfahren eine Anerkennung als Flüchtling erhalten zu können. Die ZAst ist seit mehreren Monaten überfüllt. Es kommen ständig neue Asylbewerber, vor allem Roma aus Rumänien, die vor der ZAst lagern. Im Rumänien der „Wende“ sind sie die Sündenböcke und fliehen vor Gewaltausbrüchen.

Solange sie ihre Asylanträge nicht stellen können, bleiben sie sich selbst überlassen. Ihnen fehlt es sowohl an Unterkünften, medizinischer Versorgung als auch an Verpflegung. Es stehen weder sanitäre Einrichtungen noch Kochgelegenheiten zur Verfügung. Die Verwaltungen von Land und Stadt reagieren nicht auf diesen Ausnahmezustand. Die Asylbewerber müssen sich für ein bis mehrere Tage – bis sie in der ZAst registriert sind – Lebensmittel und Wasser besorgen. Ihre Notdurft verrichten sie im Freien. Dieser Zustand wird sowohl für die Asylbewerber als auch für die Anwohner unerträglich. Die verantwortlichen Behörden greifen nicht ein. Hilfe durch Anwohner gibt es ebenfalls nicht.

Die an das Schweriner Innenministerium verfassten Briefe von Lichtenhäger Anwohnern schildern die bedrohliche Stimmung. Sie bleiben unbeantwortet. Auch die Stadt reagiert nicht und stellt auch nicht die so dringend angeforderten Toiletten zur Verfügung. Die Verwaltungen in Land und Stadt schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu.

■ DIENSTAG, 18.08. 1992

Bei der Redaktion der Norddeutschen Neuesten Nachrichten geht ein anonymes Anruf ein, der mit einer gewaltsamen Lösung droht, falls die Stadt nicht bis zum Wochenende „Ordnung“ schafft. Diese Nachricht wird überregional auf der Titelseite der NNN veröffentlicht.

Immer noch sind keine Maßnahmen zur Deeskalation der Situation vor der ZAst seitens Land oder Stadt getroffen worden.

■ FREITAG, 21.08. 1992

Die leitenden Personen im Schweriner Innenministerium verabschieden sich ins Wochenende und geben die Verant-

wortung an den diensthabenden Inspektionsleiter ab. Die Verwaltung der Stadt ist beruhigt – es wurde keine Demonstration von Bürgerwehren angemeldet. Der Innensenator der Stadt geht ab Samstagmorgen in den Wochenendurlaub.

■ TAGE DER GEWALTTÄTIGEN AUSEINANDERSETZUNG

■ SAMSTAG, 22.08. 1992

Die Asylbewerber, die vor der ZAst lagerten, hat man in das Haus aufgenommen.

Am frühen Abend befinden sich ca. 2000 Menschen auf der Wiese vor dem „Sonnenblumenhaus“. Rund 200 Jugendliche und Erwachsene beginnen gegen 20 Uhr, die ZAst und das Wohnheim der Vietnamesen mit Steinen zu bewerfen. Die wenigen anwesenden Polizisten sind ohne Schutzbekleidung und greifen zunächst nicht ein. Die randalierenden Jugendlichen werden von umstehenden Anwohnern angefeuert. Erst nach einigen Stunden wird die Anzahl der Polizisten auf 150 aufgestockt (ohne ausreichende Schutzbekleidung), um die Lage in den Griff zu bekommen. Gegen 2 Uhr in der Nacht rücken schließlich Wasserwerfer aus Schwerin an und beenden die Straßenschlacht. Von den Angreifern werden zehn festgenommen, jedoch am nächsten Tag wieder freigelassen.

■ SONNTAG, 23.08. 1992

Um die Mittagszeit versammeln sich wieder rund 100 Personen vor dem „Sonnenblumenhaus“. Im Laufe des Tages trifft in Rostock polizeiliche Verstärkung aus Hamburg und vom BGS ein. Auch die Gewalttäter bekommen Unterstützung durch Rechtsextremisten aus verschiedenen Orten Deutschlands. Unter ihnen DVU-Parteichef Gerhard Frey, Christian Worch, eine zentrale Figur in der Neonazi-Szene, und weitere bekannte Neonazis. Sie versuchen, die Stimmung zusätzlich auf zu heizen. Am späten Nachmittag erneute Angriffe von Jugendlichen auf die ZAst und das Wohnheim. Die Gewalt richtet sich zunehmend gegen Polizisten. Die Beamten müssen sich jetzt vorrangig selbst schützen.

20:00 Uhr: 500 Angreifer und mehrere tausend Schaulustige, klatschend.

22:00 Uhr: Eine Demonstration von ca. 200 Antifaschisten, die die betroffenen Asylbewerber unterstützen will, wird durch die Polizei – obwohl genehmigt – aufgelöst. Die Angriffe auf die Polizei mit Steinen, Molotowcocktails, Leuchtraketen und Leuchtspurmunition gehen weiter.

22:30 Uhr: In Absprache mit dem Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer, wird landesweiter Alarm ausgelöst.

02:00 Uhr: Polizisten aus Hamburg und der Bundesgrenzschutz können die Angreifer gegen ZAst und Heim stoppen.

■ MONTAG, 24.08. 1992

Krisenstab in der Rostocker Polizeidirektion: Abstimmung von Bundesinnenminister Seiders, Innenminister Kupfer und der Polizeiführung. Einig ist man darüber, dass es eine neue Asylgesetzgebung geben müsse.

Am Vormittag versammeln sich wiederum Jugendliche und Schaulustige vor dem „Sonnenblumenhaus“. Die noch verbliebenen Asylbewerber werden aus der ZAst nach Hinrichshagen umquartiert. Um 15 Uhr ist die ZAst leer. Die Vietnamesen im benachbarten Wohnheim werden als nicht gefährdet eingestuft – eine verhängnisvolle Fehleinschätzung.

Am Abend des 24.08. 1992: Skinheads und andere Gewalttätige setzen vor dem Haus ihre Offensive fort. „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“ Sprechchöre von Tausenden, auch Erwachsenen, vieler Rostocker. Die Schlacht der meist Jugendlichen mit der Polizei ist im vollen Gange. Molotowcocktails gegen Beamte. Wasserwerfer – kaputt oder leer. Zwei Hundertschaften der Hamburger Polizei sind durch die langen Kämpfe erschöpft, Verletzte, Nervenzusammenbrüche. Auch unter den Mecklenburger Beamten Verletzte.

21:34 Uhr: Allgemeiner Rückzug der Polizei – das „Sonnenblumenhaus“ allein. Für neue Polizeikräfte ist nicht gesorgt!

21:25 Uhr: Molotowcocktails fliegen auf die Mecklenburger Allee 18 und das Wohnheim der Vietnamesen, Haus-Nr. 19 (Polizeinotruf).

21:38 Uhr: Erster Anruf bei der Feuerwehr.

21:51 Uhr: Feuerwehr erreicht Einsatzort – kann nicht an das Haus. Immer mehr Brandbomben werden in das Haus geschleudert. U.a. Rostocker Bürger klatschen Beifall. Vor dem Haus Nr. 19 – Bewaffnete mit Knüppeln. Löschen ist nicht möglich.

21:55 Uhr: Feuerwehrzentrale fordert Polizeischutz an.

22:05 Uhr: Das Heim wird durch Jugendliche gestürmt. Weiterhin kein Polizeischutz für die Feuerwehr.

In dem brennenden Gebäudeteil befinden sich neben den 120 Vietnamesen – Männer, Frauen, Kinder, Babys, der Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock, Helfer und ein Kamera-Team des ZDF. Die im Haus eingeschlossenen Menschen brechen die mit Ketten und Schloss fest gesicherten Notausgänge zum Dach in Todesangst auf. Sie flüchten über das Dach in einen anderen Teil des langen Wohnblocks – die Nr. 15. Bis auf vier Ausnahmen bleiben die Wohnungen der Deutschen für sie verschlossen.

22:55 Uhr: Nachdem die Polizei eingetroffen ist und die Angreifer geräumt hat, kann die Feuerwehr mit den Löscharbeiten beginnen und arbeitet sich Etage für Etage vorwärts. Einige der Vietnamesen haben sich aus Angst vor den Angreifern in verschiedenen Etagen versteckt.

Knapp eine Stunde später ist das Feuer endgültig gelöscht, und die Eingeschlossenen sind aus ihrer lebensbedrohlichen Situation befreit. Der versuchte Mordanschlag auf über 120 Menschen forderte glücklicherweise keine Opfer.

23:35 Uhr: Die Vietnamesen werden mit Bussen nach Marien- ehe in eine Notunterkunft – eine Turnhalle – gebracht. Die erste Verpflegung für sie gibt es nur durch Privatinitiative von Wolfgang Richter, Ausländerbeauftragter, und Astrid Behlich, Betreuerin. Die Verantwortlichen der Stadt handeln erst auf Druck einer Stiftung. Nach drei Tagen werden die Vietnamesen im Schullandheim Niex untergebracht, hier bleiben sie mehrere Wochen.

■ DIENSTAG, 25.08. & MITTWOCH, 26.08. 1992

Die Polizei setzt jetzt Wasserwerfer und Tränengas gegen die andauernde Zerstörungswut ein, um die Skinheads und die grölende Menge von dem Platz zu vertreiben. Gegen 2 Uhr am Morgen werden die Ausschreitungen beendet.

Fernsehen und Presse begleiten die Tage vom 22. bis 26.08. in Rostock, Deutschland. Live. Millionen Zuschauer und Leser. Weltweit. Auf allen Kontinenten.

(Quelle: Schmidt, Jochen (2002): Politische Brandstiftung, Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH, Berlin)

In zwei Untersuchungsberichten werden u.a. die folgenden Defizite festgestellt: Unklar abgegrenzte Verantwortlichkeiten, mangelnde Bereitstellung von Personal und Notquartieren, mangelnde Umsetzung von Willensbekundungen, fehlende Ausführung von Beschlüssen und deren Kontrolle, ungenügende Beachtung von Hinweisen und Beschwerden, gravierende Fehleinschätzung der Situation.⁵ Der amtierende Oberbürgermeister Dr. Klaus Kilimann tritt 1993 von seinem Amt zurück.

■ NACHTRAG: 02. JULI 2003

„Elf Jahre nach den ausländerfeindlichen Krawallen von Rostock-Lichtenhagen ist die juristische Aufarbeitung endgültig abgeschlossen. Der Bundesgerichtshof lehnte Revisionsanträge von drei im Juni 2002 verurteilten Männern ab. Sie waren wegen versuchten Mordes zu Bewährungsstrafen verurteilt worden.“ *dpa*

(5) Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock – Untersuchungsausschuss „ZAST“ vom 08.11.1993; Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 03.11.1993

Chronology of the violence

“Sunflower House”, Rostock-Lichtenhagen

The Place – The Central Reception Hostel for Asylum Seekers,
Mecklenburger Allee 18: a facility of the Federal State of
Mecklenburg-Vorpommern

and the hostel for Vietnamese contract workers,
Mecklenburger Allee 19

The Time – 22 bis 24 August, 1992

■ PRELIMINARY SITUATION

Every asylum seeker in the State of Mecklenburg-Vorpommern has to pass through the Central Reception Hostel in order to receive recognition as a refugee at a later stage in the procedures. For several months now, the Hostel has been overcrowded. New asylum seekers are arriving all the time, above all Roma from Romania. After the dramatic political changes in Romania the Roma have become the scapegoats and are fleeing from outbursts of violence.

Until their applications for asylum have been filed they are left to their own devices. They lack accommodation, medical care and food and drink. They have no sanitary provision or cooking facilities at their disposal. The State and City authorities have not responded to this emergency situation and so for at least a day, and up to several days, the asylum seekers somehow have to get hold of food and water by themselves until they are registered at the Central Reception Hostel. They have to relieve themselves wherever they can in the open air. This situation is becoming intolerable, both for the asylum seekers and for the local residents. The authorities responsible do not intervene. No help is given by the local residents, either.

Lichtenhagen residents send letters to the Mecklenburg-Vorpommern Ministry of the Interior in Schwerin describing the dangerous situation. The letters remain unanswered. The City Council also fails to answer or to provide the mobile toilets which have been demanded as a matter of urgency. The various authorities in the City and the Federal State pass the buck to each other.

■ TUESDAY, 18 AUGUST, 1992

An anonymous caller to the “Norddeutsche Neueste Nachrichten” newspaper threatens that there will be a violent solution unless the City “restores order” by the weekend. This news is published nationally on the title page of the NNN.

There are still no measures on the part of the City or the Federal State to defuse the situation in front of the Central Reception Hostel for Asylum Seekers.

■ FRIDAY, 21 AUGUST, 1992

The leading personnel of the Schwerin Ministry of the Interior say their farewells before leaving for the weekend break and delegate responsibility to the duty Inspektionsleiter. The Rostock City authorities are reassured – there have been no reports of demonstrations by vigilante groups. The City Senator for Internal Affairs leaves to start a weekend holiday on Saturday morning.

■ SATURDAY, 22 AUGUST, 1992

The asylum seekers who had been camping out in front of the Reception Hostel have been taken into the house.

By the early evening there are roughly 2,000 people on the lawns in front of the “Sunflower House”, a long, eleven-storey block of flats. Toward eight o’clock about 200 youths and adults begin to throw stones at the Central Reception Hostel and the hostel for Vietnamese contract workers. At first, the few police who are present but lack protective gear do not intervene. The young hooligans are spurred on by locals who are standing around. Only a few hours later the number of police is raised to 150 in order to bring the situation under control (no sufficient protective gear). Towards 2 a.m. water cannons arrive from Schwerin and put an end to the street battle. Ten of the offenders are arrested but are set free the next day.

■ SUNDAY, 23 AUGUST, 1992

Around lunchtime about 100 persons again congregate in front of the “Sunflower House”. In the course of the day, police reach Rostock from Hamburg and from the BGS, the Federal Border Police. The violent criminal elements also receive support from right-wing extremists from various parts of Germany, including the head of the DVU, the German People’s Union, Gerhard Frey, Christian Worch, a central figure in the neo-Nazi scene, and other well-known neo-Nazis. They try to stoke up the mood even more. By the late afternoon there are renewed attacks by youths on the Central Reception Centre and the Vietnamese hostel next door. The violence is increasingly directed at the police. The officers have primarily to protect themselves.

8 p.m. Five hundred attackers; and several thousand spectators, clapping.

10 p.m. A demonstration of about 200 anti-fascists who were supporting the asylum seekers under siege is broken up by the police, although they themselves had sanctioned it. The attacks on the police with stones, Molotov cocktails, signal rockets and tracer ammunition continue.

10.30 p.m. A State-wide alert is proclaimed by the Minister of the Interior for Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer.

2 a.m. Police from Hamburg and the Federal Border Police are able to stop the rioters attacking the Reception Centre and the Vietnamese hostel.

■ MONDAY, 24 AUGUST, 1992

A crisis committee meets in the Police Head Office in Rostock: coordination of measures to be taken by the Federal Minister of the Interior, Seiters, the M-V Minister of Interior, Kupfer, and police leaders. All are agreed that new asylum legislation is needed.

In the course of the morning, youngsters and spectators again gather in front of the Sunflower House. The asylum seekers still remaining in the Central Reception Hostel are evacuated and given new accommodation in Rostock-Hinrichshagen. By 3 p.m. the Reception Centre is empty. The Vietnamese in the hostel next door are not classed as being at risk – a disastrous misjudgement.

On the evening of 24 August, 1992 skinheads and other violent elements continue their offensive. Choruses of thousands, including adults and many Rostockians, chant: “Germany for the Germans! Foreigners out!” The battle between the rioters – mainly young people – and the police is in full swing. Molotov cocktails are thrown at the police. The water cannons are out of order or empty. Two hundred-strong units of the Hamburg police are exhausted as a result of the long battles and have suffered injuries and nervous breakdowns. The Mecklenburg police have no protective gear (still in Schwerin) and have also suffered casualties.

9.34 p.m. General withdrawal of the police. The Sunflower House is unprotected. No provision for fresh police forces has been made!

9.25 p.m. Molotov cocktails are thrown at Number 18, Mecklenburger Allee – the Reception Hostel. Ten minutes later the house next door, Number 19, Mecklenburger Allee, the Vietnamese hostel, catches fire. (Emergency call to the police.)

9.38 p.m. First telephone call to the fire brigade.

9.51 p.m. The fire brigade arrives on the scene but cannot get to the flats. More and more incendiary devices are thrown into the flats. Rostock citizens clap in approval. Armed elements with clubs appear in front of Number 19. It is not possible to fight the fire.

9.55 p.m. The fire brigade headquarters calls for police protection.

10.05 p.m. Youths storm the Vietnamese hostel. There is still no police protection for the fire fighters.

In the part of the flats which is now on fire there are 120 Vietnamese (men, women and children), the Rostock official assigned to the integration of foreign immigrants, helpers, and a camera team of the ZDF. The people trapped in the house break open the emergency roof hatch, which had been secured with a lock and chains: they are in fear of their lives. They flee across the roof tops to another part of the long eleven storey block of flats, to Number 15. With four exceptions, the flats of the Germans living there remain closed to them.

10.55 p.m. After the police have arrived and removed the attackers, the fire brigade can start to put out the fire, working their way from storey to storey. Some Vietnamese have hidden themselves in various storeys for fear of the attackers.

In somewhat less than an hour the fires have been completely extinguished and those still trapped in the building have been rescued from a life-threatening situation. Fortunately, the attempted murder of 120 people did not claim any victims.

11.35 p.m. The Vietnamese are taken to Rostock-Marienehe in buses, where there is emergency accommodation in a gym. The first food they receive is provided only on the private initiative of Wolfgang Richter, the official assigned to the integration of foreign immigrants, and Astrid Behlick, a helper. The representatives of the City Council only act after a voluntary organisation pressurizes them. Three days later the Vietnamese are given accommodation in a school holiday centre in Niex and remain there for several weeks.

■ TUESDAY 25 AUGUST AND WEDNESDAY 26 AUGUST 1992

The police use water cannon and tear gas to drive the skin-heads and the raucous mob from the scene and so put an end to their destructive fury. At about 2 a.m. the riots have finally been quelled.

The press and television have brought live coverage of the events between 22 August and 26 August in Rostock, Germany. Millions of viewers and readers. Worldwide. On all continents.

(Source of information, Jochen Schmidt (2002): Politische Brandstiftung, Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft m.b.H., Berlin)

■ POSTSCRIPT: 2 JULY, 2003

“Eleven years after the xenophobic riots in Rostock-Lichtenhagen the legal repercussions have finally come to an end.

The Federal Supreme Court of Justice has rejected the appeals of three men who had been sentenced in June 2002. They had been given probationary sentences for attempted murder.”
dpa

Gliederung

Gliederung der Ausstellung

Inhaltlich gliedert sich die Ausstellung in vier Teile:

- 1 **Die Ereignisse von Lichtenhagen** im Umfeld der damaligen politischen und sozialen Situation, die Opfer und die Akteure (Tafeln 1 – 9)
- 2 **Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus** – was ihn ausmacht, welche Ursachen er hat (Tafeln 10 – 12)
- 3 **Migration in Deutschland** – Realitäten, Chancen und Probleme (Tafeln 13 – 17)
- 4 **Rostock heute** – Initiativen und Projekte für die Integration von Migranten und Asylbewerbern, für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (Tafeln 18 – 24)

Die Ausstellung ist so konzipiert, dass die vier Teilbereiche auch einzeln für einen Besuch geeignet sind. Wir empfehlen insbesondere Schulklassen, eine dem Unterrichtskontext angepasste Vorauswahl der vorrangig relevanten Tafeln zu treffen.

Tafel 1

tafel 1

Von Menschen, Ansichten und Gesetzen

Rostock-Lichtenhagen – 10 Jahre danach

2

Die Eröffnungstafel enthält eine von Diên Hồng e.V. herausgegebene Kurzfassung der Ereignisse vom 22. – 24. August 1992. Einzelheiten finden Sie im Kapitel „Chronologie der Ausschreitungen“ in dieser Broschüre.

tafel 2

Die Spur der Sprüche

Die Bedrohung der Demokratie durch die Inländer, nachvollzogen anhand von zeitlichen Parallelen von ausländerfeindlichen Äußerungen politischer Repräsentanten und Brandanschlägen.

👁 Entlang der Diagonalen können Sie bildlich der Spur folgenreicher Sprüche von Politikern folgen. Sie findet ihren Niederschlag u.a. in den Ereignissen von Hoyerswerda, Lichtenhagen und Solingen.

Eine Reihe politischer Repräsentanten missbrauchten die Asyl-diskussion für Wahlkampfzwecke. Sie wurde 1992 zum innen-politischen Thema Nr. 1. Ein möglicher Hintergrund: 1990 war „eine der wenigen Gemeinsamkeiten in Deutschland eine allgemeine Abneigung gegen 'die Zigeuner'“⁶ (Tafel 5). Und Roma bildeten zu dieser Zeit einen großen Anteil der Asyl-bewerber.

Nach wie vor kann die politische Instrumentalisierung von ausländerfeindlichen Neigungen beobachtet werden. Z.B. provozierte ein CDU-Wahlplakat mit der Aufschrift „Zu-wanderung in unser Sozialsystem stoppen“ zum Friedensfest 2002 in Rostock-Lichtenhagen. Aus wahlkampfstrategischer Motivation heraus wird damit Ängsten in der Bevölkerung weiter Nahrung gegeben, anstatt dem Fakt Rechnung zu tragen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist (Tafeln 11 und 14).

Asyl wird in Deutschland gewährt, wenn ein Mensch aus politischen oder religiösen Gründen staatlicher Verfolgung ausgesetzt ist, die gegen ihn als Person gerichtet ist. Das Maß der Gewalt gegen ihn muss über dem Durchschnitt in seinem Land liegen. Das heißt im Klartext, wird in einem Land regel-mäßig gefoltert, dann muss er nachweisen, dass er öfter ge-foltert wurde als andere. Er muss weiterhin im ersten sicheren Land Asyl beantragen, das er betritt. Zusätzlich muss er nach-weisen, wie er nach Deutschland gekommen ist. Hunger und Not stehen nicht auf der Liste.

Es gehört zu den fragwürdigsten Mitteln politischer Stim-mungsmache gegen Flüchtlinge, sie als „Wirtschaftsflücht-linge“ zu titulieren, die „zu Recht“ abgeschoben würden. Damit werden Menschen entwertet, die sich und ihre Familie in ihrem Herkunftsland nicht mehr ernähren können und deshalb emigrieren. Würde nicht jeder in einer solchen Situation sein Leben und das Leben seiner Kinder durch Emigration zu retten oder zu verbessern versuchen? Zudem sind die Übergänge zu politischen Flüchtlingen fließend (Erläuterungen Tafel 5).

Tafel 3/4

tafel 3 und 4 Ein Pogrom *Akteure und Opfer*

Die Erklärungen von Akteuren (politische Repräsentanten, Polizei, Beifall klatschende Zuschauer, Neonazis und Händler, in vermittelnder Rolle der Ausländerbeauftragter der Hanse-stadt Rostock) und Opfern (vietnamesische Vertragsarbeiter, rumänische Asylsuchende) stehen sich auf den beiden Tafeln gegenüber.

👁 Die Portraits von Tafel 3 (Akteure) korrespondieren mit den an der entsprechenden Stelle wiederzufindenden Texten auf Tafel 4 (Opfer) und umgekehrt.

(6) G. Weiss, http://www.zigeuner.de/01_geschichte_deutsche.htm

*Pogrom [russ. Verwüstung] der oder das, 1) eine mit Plünderung und Mord verbundene Judenverfolgung, meist initiiert von staatl. Stellen; z.B. im zarist. Russland und im nat.-soz. Dtl. (s. 'Kristallnacht'); im 20. Jh. Allgemein Bez. für eine Ausschreitung gegen Mitgl. nat., religiöser oder 'rass.' Minderheiten.*⁷

Der damalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Seite, zeigte Verständnis für das Verhalten der Aggressoren. Da 2002 die letzten vier Angeklagten im Lichtenhäger Prozess wegen versuchten Mordes verurteilt wurden (Tafel 9), wurde Seite aus der Verknüpfung heraus mit dem Spruch „Verständnis für Mordversuche“ tituiert, was er so sicher nicht formuliert hätte.

Die Äußerungen der zitierten politischen Repräsentanten folgen einem Muster: Die Gewalt war verständlich, das Grundgesetz Art. 16 und das Asylgesetz müssen geändert werden. – Ungeheuerlich angesichts dessen, dass der Tod von Menschen hätte eintreten können. Gefahr von Menschenleben wird billigend in Kauf genommen. Nur der Selbstbefreiungsaktion der Eingeschlossenen im „Sonnenblumenhaus“ ist es zu verdanken, dass es keine Toten in Rostock-Lichtenhagen gab.

Die Erwartung an die politischen Repräsentanten ist, „dass sie sich schützend vor die von Gewalt bedrohten Menschen gestellt und ein Beispiel an Zivilcourage geboten hätten, das die Nachbarn zum Nachdenken hätte bringen können. [...] Der Ausländerbeauftragte der Stadt und ein paar mutige Sozialarbeiterinnen, also ... städtische Angestellte aus dem 'zweiten Glied', haben den Mut gezeigt, den man von deutschen politischen Repräsentanten nach allem, was in der Vergangenheit geschehen ist, erwarten durfte.“⁸

„Hier kommen die Asylanten rein und verunreinigen die Wohnungen. Die haben ja gar keine Kultur“, sagt eine Anwohnerin gegenüber „Spiegel TV“.⁹ Solche Aussagen waren im Sommer 1992 in Lichtenhagen gängig. Dass den Asylsuchenden vor der ZASt keine andere Wahl blieb, als „unreinlich“ zu sein und „kulturlos“ auf einer Grünfläche zu kampieren, weil ihnen die Verantwortlichen von Stadt und Land jedwede Hilfe versagten, wissen viele, auch Rostocker, bis heute nicht.

1992 wurden die Zustände um die Zentrale Aufnahmestelle in vielen Senatssitzungen der Stadt thematisiert. Rostock erachtete das Land Mecklenburg-Vorpommern als verantwortlich, da die Erstaufnahme Landessache war. Allerdings: Die Asylsuchenden, die noch nicht in der ZASt registriert waren, hatten die Stellung von Obdachlosen. Damit fielen sie in den Verantwortungsbereich der Kommune.

Es gab Versuche, die demokratischen Instrumentarien einzufordern. Die an verschiedene Stellen gerichteten Briefe, Anrufe und eingegangenen Klagen vermochten aber nichts zu

(7) Meyers Grosses Taschenlexikon (1998), Stichwort Pogrom

(8) D. Schröder (2002) in: Hansestadt Rostock Pressestelle (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach.

(9) Zit. in: J. Schmidt (2002): Politische Brandstiftung S. 55

bewegen. An einer echten Lösung interessierte Bürger und Bürgerinnen wurden damit vor den Kopf gestoßen.

Der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Klaus Kilimann, vor dem Untersuchungsausschuss befragt, warum keine Chemietoiletten aufgestellt worden seien, sagte: „Das hätte bedeutet, dass wir einen Zustand legalisieren, den wir nicht haben wollten.“¹⁰ Dass hier Menschen unter unwürdigen Zuständen lebten, war offenbar zweitrangig.¹¹

Nicht nur im Vorfeld der Ereignisse legten die politisch Verantwortlichen Ignoranz und Inkompetenz an den Tag, sondern auch während des Pogroms. Der Polizeichef von Rostock, Siegfried Kordus, schlug das verspätete Angebot des Bundesinnenministers zur Verstärkung der Polizei durch BGS-Einheiten aus. Verantwortliche waren im Urlaub oder nicht zu erreichen. Eine „Panne“ jagte die nächste. „Paradiesische Zustände“ für Neonazis, die in „Partystimmung“ Menschen fast in den Tod getrieben haben.

Eine Gruppe von 100-200 Antifaschisten bildete eine weitere Gruppe von Akteuren. Das JugendAlternativZentrum (JAZ) war seit den Ausschreitungen von Hoyerswerda 1991 aktiviert und initiierte ein breites Aktionsbündnis „Keine Gewalt gegen Ausländer“, dem sich Kirchen, Gewerkschaften und Parteien (auch CDU und SPD) anschlossen. Aus einer gewissen Rat- und Hilflosigkeit heraus bröckelte das Bündnis ab, es blieben v. a. Jugendliche übrig. Das JAZ war Koordinierungszentrum für die Gegenaktivitäten. Für die Nacht auf den 24. August 1992 organisierten sie eine Gegendemonstration. Die „Rechten“ zeigten erstaunlich viel Respekt vor der Gruppe „Linker“, deutlich mehr als vor der Polizei. Leider teilte sich die Gruppe Demonstranten an einem Punkt in zwei Teile auf und verlor an Wirkung. Den „Linken“ hatte die Polizei in Gesprächen zuvor zugesichert, dass die Demonstration stattfinden dürfe. Viele dieser Demonstranten wurden im Nachhinein von der Polizei festgenommen. Die Polizei hatte intensiv ihre Autos kontrolliert und verschiedene Geräte als Schlaginstrumente bezeichnet. Deshalb wurde ein Großteil von ihnen – im Gegensatz zu den Aggressoren – festgenommen.¹²

Tafel 5/6

tafel 5 und 6

Die Sündenböcke

*Roma und vietnamesische Vertragsarbeiter.
Ihre damalige und heutige Situation.*

Als **Sündenbock** wird ein Mensch bezeichnet, dem die Schuld für Fehler oder Misserfolge zugeschoben wird. Tatsächliche

(10) Zit. in: J. Schmidt (2002): Politische Brandstiftung S. 64

(11) In der nach August 1992 in Hinrichshagen eingerichteten ZAst funktionierten die Aufnahme und Zuweisung der Asylbewerber zufrieden stellend. Die Verantwortlichen bewiesen damit, dass sie mit den Zulaufzahlen prinzipiell zurecht kommen konnten. (Wolfgang Richter, 2003 mündliche Auskunft)

(12) Wolfgang Richter, 2003 mündliche Auskunft

Schuld spielt dabei keine Rolle.¹³ Im jüdischen Glauben wurden am Yom Kippur, dem Tag der Sündenvergebung, die Sünden des Volkes vor dem Hohepriester bekannt und durch Handauflegen symbolisch auf einen Ziegenbock übertragen, der anschließend mitsamt den Sünden in die Wüste gejagt wurde.¹⁴

Zusätzlich zu den Erläuterungen auf der Tafel unterscheiden sich Sinti und **Roma** folgendermaßen: "Sinti" bezeichnet die in Mitteleuropa seit dem Spätmittelalter beheimateten Angehörigen der Minderheit, "Roma" diejenigen südosteuropäischer Herkunft. Außerhalb des deutschen Sprachkreises wird Roma – oder einfach Rom – auch als Sammelname für die gesamte Minderheit verwendet. "Zigeuner" ist eine in ihren Ursprüngen bis ins Mittelalter zurückreichende Fremdbezeichnung durch die Mehrheitsbevölkerung und wird von der Minderheit als diskriminierend abgelehnt.¹⁵ Die Anfang der 90er-Jahre nach Rostock Gekommenen waren Roma aus Rumänien.

Die Roma bildeten ab Anfang 1992 mit bis zu 90 % die größte Gruppe Asylsuchender. Da die Roma zumeist über Polen einreisten, war Mecklenburg-Vorpommern automatisch eines der Einreiseländer.¹⁶ Folglich mussten sie zur Registrierung die ZAst in Rostock durchlaufen.

Die Roma stellen in Rumänien eine diskriminierte Minderheit dar, deren Ausgrenzung (Sündenbock-Funktion) unter sozialer Not zunimmt. Im Zuge des Umbruchs im Osten erlitt Rumänien schlimme Not, welche die Roma entsprechend besonders hart traf. Von daher ist die Grenze zwischen Wirtschafts- und politischen Flüchtlingen fließend. Die Tatsache, dass ein – wenngleich kleiner – Teil der Roma offizielle Anerkennung im Asylverfahren erhielt, zeigt, dass die Mitte 1993 erfolgte Zuordnung Rumäniens zur Gruppe sicherer Herkunftsländer ein Ausdruck politischen Willens, nicht der Realität war.

Weil die Medien kaum über die Verfolgung berichteten, wusste die deutsche Öffentlichkeit wenig über die Situation der Roma in ihrem Herkunftsland. Also konnte es sich in den Augen der deutschen Bevölkerung bei ihnen nur um „Wirtschaftsflüchtlinge“ handeln. (Dem gegenüber war die Akzeptanz von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Jugoslawien weitaus größer, weil die Medien fast täglich über den Krieg und die involvierten Volksgruppen berichteten.) Der Öffentlichkeit weitgehend verborgen ist auch die Verfolgung von Sinti und Roma im Dritten Reich. Über 500.000 von ihnen starben in Konzentrationslagern.

(13) Definition des Begriffes „Sündenbock“ – www.net-lexikon.de/Suendenbock.html

(14) Beschrieben wird der Ritus in der Bibel, im 3. Buch Mose, Kap.16. Diesen gab es jedoch schon in vorisraelitischer Zeit.

(15) Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma – www.sinti-und-roma.de

(16) Asylsuchende melden sich in dem Bundesland, in dem sie eintreffen. Danach findet ein Ausgleich gemäß Länderquote statt (im Einigungsvertrag festgelegt). Die Quote richtet sich nach dem Bevölkerungsanteil des Landes an der gesamtdeutschen Bevölkerung. Daher werden in Mecklenburg-Vorpommern 2,7% aller Asylbewerber (und aller jüdischen Immigranten) untergebracht. So lange die ZAst in Rostock war, halbierte sich die Anzahl der von Rostock aufzunehmenden Asylbewerber.

Vietnamesen genossen ein gutes Ansehen in der DDR. Sie galten als arbeitsam, fleißig, bescheiden. Trotzdem gab es Vorbehalte und Gerüchte. Wider alle Gerüchte erhielten sie aber nur DDR-Geld, kein Westgeld. Sie hatten auch keine gesonderten Einkaufs- oder Reisemöglichkeiten in den Westen. Laut Arbeitsvertrag gingen 12 % ihres Gehaltes an den vietnamesischen Staat. Sie pflegten mühselig beschaffte Konsumgüter wie Fahrräder, Mopeds oder auch Zucker nach Hause zu schicken. Wenn sie wegen Bananen und Ananas begünstigt wirkten, hing das mit ihrer Tätigkeit als Hafendarbeiter zusammen. Alle Hafendarbeiter hatten besseren Zugang zu solchen Lebensmitteln als die übrige Bevölkerung. Vietnamesen füllten mit der Idee, Jeanshosen zu nähen, eine Marktlücke aus. Dies hing damit zusammen, dass viele von ihnen in der Textilindustrie in Sachsen arbeiteten. Sie versorgten ihre Landsleute im Norden mit dem Jeansstoff, zu dem sie als Industriedarbeiter – genauso wie ihre deutschen Kollegen – relativ leichten Zugang hatten.

Als Vertragsdarbeiter vor der „Wende“ hatten sie 5-Jahres-Verträge. Danach erhielten sie ggf. Verlängerungen. Nach der „Wende“ kam es zu Massenentlassungen im Seehafen, und möglichst viele sollten ausreisen. Sie erhielten 3.000 DM „Ausreisepremie“. 1989 lebten noch 100.000 ausländische Vertragsdarbeiter in der DDR, davon 60.000 Vietnamesen. Bis 1991/1992 war die Zahl auf 15.000 ausländische Vertragsdarbeiter zurückgegangen. (Im Vergleich zu den Gastarbeitern in Westdeutschland: Diese erhielten – von der Wirtschaft selbst angeregt – längere und dauerhafte Arbeitsbedingungen.) 1993 wurde eine Bleiberechtsregelung auf Bundesebene getroffen. Wer über eine Aufenthaltsbefugnis verfügte, konnte Bleiberecht beantragen. Heute leben etwa 820 Vietnamesen (ehemalige Vertragsdarbeiter und inzwischen nachgeholt oder hier geborene Familienangehörige), überwiegend mit Bleiberecht, in allen Stadtteilen Rostocks. Viele von ihnen sind als Händler und Gastronomen etabliert.

(Quelle: Wolfgang Richter, mündliche Auskunft 2003)

Tafel 7

tafel 7

Bei jedem Stein »Ho, Ho, Ho«

Beihilfe zum versuchten Mord

Anwohner und Zuschauer sehen sich unter Rechtfertigungsdruck. Die von der Bevölkerung geäußerten Schuldzuweisungen bergen teils einen wahren Kern. Sie entbinden keinesfalls von der individuellen Verantwortung.

Die seit 1994 durch das Schweriner Landesgericht geänderte Rechtsprechung, in dessen Folge sich die drei zuletzt Angeklagten wegen versuchten Mordes verantworten mussten (Tafel 9), birgt für die Zukunft die Möglichkeit, dass „Zuschauer“, die Täter moralisch unterstützen, wegen Beihilfe zum versuchten Mord angeklagt werden können.

Die Schuldzuweisungen von Bürgerinnen und Bürgern erinnern an die Erklärungsmuster vieler Deutscher nach der Nazi-diktatur. Sie beinhalten im Kern die Leugnung jeder Eigenverantwortung. Eine Frage stellt sich: Sind die Menschen in den neuen Bundesländern besonders rassistisch eingestellt?

In der repräsentativen Erhebung „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ stellen Brähler und Niedermeyer im April 2002 fest, dass sich Ost-West-Unterschiede heute vor allem in einer deutlich stärkeren Verbreitung antisemitischer und national-chauvinistischer Einstellungen im Westen und ausländerfeindlicher Einstellungen im Osten zeigen.¹⁷

Im Gegensatz zur früheren Bundesrepublik fand ein Umgang mit Ausländern in der DDR kaum statt. In der Hansestadt Rostock lebten vergleichsweise viele Ausländer, aber Kontakte beschränkten sich – wenn überhaupt – auf den Arbeitsplatz. So konnte kaum Toleranz anderen Kulturen gegenüber erlernt werden.

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit war Anfang der Neunziger Jahre ein Problem in den alten und neuen Bundesländern, wie die Statistik des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden belegt. Demnach wurden von insgesamt 58 Anschlägen auf Flüchtlingswohnheime in den ersten 8 Monaten des Jahres 1991 42 von Westdeutschen verübt.¹⁸ Nach wie vor aber werden durch das Bundeskriminalamt in den ostdeutschen Bundesländern – bezogen auf die Einwohnerzahl – mehr fremdenfeindliche Gewalttaten registriert als in den westlichen: Osten = 2,05 Gewalttaten auf 100.000 Einwohner, Westen = 0,64 Gewalttaten auf 100.000 Einwohner. Von der absoluten Anzahl der Gewalttaten steht Niedersachsen 2002 mit 104 an der Spitze. (Gesamtzahl der Gewalttaten in Deutschland 2002: 440, davon 56,9 als fremdenfeindlich eingestuft, von den 440 in der Statistik erfassten Gewalttaten sind 388 Körperverletzungen.)¹⁹

tafel 8

»Noch ist hier alles ruhig«

Ein Fernsehjournalist am 24. August 1992
zwischen 15.00 und 16.00 Uhr.

Die Medien trugen nicht unwesentlich zur Stimmungslage und Eskalation der Gewalt bei.

Ein wichtiges demokratisches Instrument ist die Pressefreiheit. „Pressefreiheit ist Grundlage der vierten Gewalt neben Legislative, Judikative und Exekutive“, sagt Walter Leisler Kiep, Ex-Schatzmeister der CDU.²⁰ Im politischen Bereich ist die Presse

(17) E. Brähler und O. Niedermeyer (2002): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland.

(18) A. Foitzik u.a. (Hrsg.): Ein Herrenvolk von Untertanen – www.uni-duisburg.de/Diss/Internetbibliothek/Buecher/Herrenvolk/K1.htm

(19) Verfassungsschutzbericht 2002, S. 34-36

(20) Zit. in: Münchner Merkur 03.05.2001 – www.cras-legam.de/HHZ0603.htm

ein ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern und erfüllt damit eine unentbehrliche Funktion für eine moderne Demokratie.

Damit die Presse der Demokratie dient und ihr nicht schadet, gibt es den so genannten Pressekodex, der nach dem Selbstverpflichtungsprinzip funktioniert. Da die Presse einen hohen Glaubwürdigkeitsgrad in der Bevölkerung genießt, verfügt sie auch über die Macht, die Massenmeinung stark zu manipulieren. „Alle Publizistik ist gesinnungsbestimmend“, sagt der Publizist und Medienwissenschaftler Emil Dovifat.²¹ Ein Journalismus, der sich seiner Verantwortung nicht bewusst ist, kann in fataler Weise auf die Gesellschaft einwirken.

Ein Beispiel für diese Art Journalismus präsentierten die Norddeutschen Neuesten Nachrichten (NNN). Sie bedienten Ressentiments und Klischees, indem sie am 30. Juli 1992 unter der Überschrift: „Möwengrillen in einer Einraumwohnung“ über die Zustände in der ZAst und darüber, wie sich die Asylbewerber im Inneren des Gebäudes aufführten, berichteten. In Wirklichkeit gibt es keinen Zeugen für „Möwengrillen“ in der ZAst. Es hat auch nicht stattgefunden.

Niemand hatte in Wirklichkeit das Urinieren in die Regale der Kaufhallen gesehen. Es gab auch keine einzige Anzeige wegen Vergewaltigung. Auch hatte es keine Vermisstenanzeigen für Katzen und Hunde gegeben. Aber die Gerüchte waren real, als Zeichen für eine subjektiv empfundene Angst.

Medien schürten die Angst, indem sie mit Metaphern arbeiteten, die in Bezug auf Deutschland eine maßlose Übertreibung der tatsächlichen Situation darstellten. Aber in Lichtenhagen waren die in den Medien benutzten Metaphern wirklich zu sehen! „Das Boot ist voll“, „Flut von Asylbewerbern“ u.ä. Bilder entsprachen vor der ZAst dem, was in den Medien laufend propagiert wurde und verleiteten zum trügerischen Rückschluss, dass an den verwendeten Metaphern etwas wahr sei. Was Medien wie das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ nachdenklich stimmen sollte, ist die Tatsache, dass hier Bilder und Metaphern verwendet werden, mit denen die NPD gleichlautend Wahlkampf macht.

Die Ostseezeitung (OZ) titelt am 9. April 1992: „In Deutschland kein Platz für ganz Europa“ und fasst damit die Auffassung von Ministerpräsident Seite über die Asylgesetzgebung zusammen. Ein kritischer Kommentar wurde jedoch nicht abgegeben.

Am 6. August 1992 berichtet die OZ über die geplante Verlegung der Asylsuchenden, die sich auf der Wiese vor der ZAst aufhielten und titelt: „Schlepperbanden bringen bald die nächsten“. Asylbewerber kamen jedoch nicht zu Wort.

(21) Zit. in: R. Rosenstock: Beschreibung, Analysen, Konzepte für den deutschsprachigen Journalismus – www.lrz-muenchen.de/~EvTheol-PT/medienethik.htm

Durch diese Art der Berichterstattung sahen sich Menschen wohl eher in ihren Vorurteilen bestätigt als zum reflektierten Denken angeregt.

tafel 9 Brandstifter *Versuchter Mord*

Tafel 9

Die juristische Aufarbeitung des Pogroms

Insgesamt wurden in Rostock 215 Strafverfahren gegen beteiligte Jugendliche eingeleitet, welche nach einem Jahr beendet waren. Verfahren mit Angeklagten mit Wohnsitz in Schwerin wurden an die Schweriner Staatsanwaltschaft verwiesen.

Die Polizei hatte kaum Beweise gesichert und auf eine Video-Dokumentation in diesem Fall weitgehend verzichtet. Die meisten Verfahren wurden daher mangels Beweisen eingestellt, obwohl es reichlich Material gab, das zur Identifizierung der Täter hätte verwendet werden können: Die großen Presseagenturen, regionale und sämtliche Lokalredaktionen hatten die Ausschreitungen intensiv dokumentiert. Allein: Journalistische Recherche sei nicht Aufgabe des Ermittlungsausschusses, so der zuständige Staatsanwalt. So wurden nur einige wenige Aufnahmen des ZDF von der Rostocker Staatsanwaltschaft herangezogen. Als Folge wurden insgesamt elf Freiheitsstrafen u. a. wegen schweren Landfriedensbruchs mit einem Höchstmaß von 2 1/2 Jahren verhängt.

Nach Verkündung der Urteile 1993 kritisierten Medien das geringe Strafmaß. Allerdings war Rostock hier nicht allein: Die wenigen Verurteilungen nach insgesamt 657 Brand- und Sprengstoffanschlägen mit fremdenfeindlichem Hintergrund, die das Bundesamt für Verfassungsschutz 1992 registrierte, erfolgten sämtlich wegen schweren Landfriedensbruchs. Nur die Staatsanwaltschaft Schwerin reichte Anklage wegen versuchten Tötungsdeliktes ein, nachdem ein Sachverständiger bestätigt hatte, dass ein im Raum explodierender Molotowcocktail mit großer Wahrscheinlichkeit den Tod für im Raum Anwesende bedeuten würde. Nach zwei abweichenden Urteilen ging die Staatsanwaltschaft in Revision. Der Bundesgerichtshof urteilte daraufhin 1994, dass derartige Handlungen als Mordversuch zu werten seien. Von allen aus Rostock an die Staatsanwaltschaft Schwerin verwiesenen Ermittlungsverfahren waren zu dieser Zeit noch vier dort anhängig. Die Anklagen wurden 1995 dem Gericht zugeleitet. Dieses ließ die Verfahren weitere sechs Jahre liegen, was dazu führte, dass in einem Fall (in dem die Anklage nicht wegen versuchten Mordes erhoben wurde) das Verfahren wegen Verjährung eingestellt werden musste. Begründet wurde dies mit Überlastung und dem Vorrang von Verfahren gegen Untersuchungshäftlinge.

November 2001: Die Zeitungen berichten über den aktuell laufenden Prozess gegen die drei letzten übrig gebliebenen Angeklagten. Die 1992 aus dem „Sonnenblumenhaus“ Geflohenen erfuhren erst aus den Medien davon. Der Ausländerbe-

auftragte, der im September 1992 von der Polizei und nie als Zeuge von der Staatsanwaltschaft selbst vernommen worden war, schaltete sich zusammen mit Herrn Thinh als Nebenkläger in das Strafverfahren ein. Am 17. Juni 2002 schließlich wurden die drei letzten Angeklagten des Lichtenhäger Prozesses des versuchten Mordes schuldig gesprochen und erhielten ein bzw. ein einhalb Jahre Jugendstrafe zur Bewährung. Die Angeklagten legten gegen dieses Urteil Revision ein. Der Revisionsantrag wurde vom Bundesgerichtshof mit Beschluss vom 26. Juni 2003 verworfen. Damit war das Urteil rechtskräftig.

Gegen die geistigen Brandstifter oder gegen diejenigen, die den Jugendlichen applaudierten und ihnen zujubelten, wurde bis heute nicht ermittelt. Die deutsch-vietnamesische Begegnungsstätte Diên Hồng e.V. sieht immerhin im jüngsten Urteilsspruch die Chance, „dass bei ähnlichen Ausschreitungen applaudierende und anfeuernde „ZuschauerInnen“ wegen Beihilfe zum versuchten Mord zur Verantwortung gezogen werden können. Das ist ... ein wichtiges und präventives Signal, damit potenzielle NachahmungstäterInnen abgeschreckt werden.“²² (Tafel 7).

Polizei und Justiz haben aus den Ereignissen von 1992 gelernt. Als am 19. Juli 2002 rechtsextrem motivierte Jugendliche erneut das „Sonnenblumenhaus“ und einen Lichtenhäger Asia-Markt, ein Bistro und ein AWO-Projekt mit Molotowcocktails angriffen, fahndete die Polizei prompt und erfolgreich. Binnen weniger Monate waren die Urteile wegen Landfriedensbruchs gesprochen.

Quelle: Feature von Dieter Wulf: „Beifall für Brandsätze“, Deutschlandfunk 2002

Tafel 10

tafel 10

Rechtsextremismus

Der Kampf der Herrenmenschen

Fadenscheinigen Argumenten von Rechtsextremen werden Auszüge aus dem Grundgesetz gegenüber gestellt.

👁 Die Argumente der Neonazis sind kursiv gedruckt.

Rechtsextreme Denkweisen werden nicht nur von bestimmten Personengruppen vertreten, sie ziehen sich quer durch alle Schichten und Altersstufen und beinhalten folgende zentrale Sichtweisen:

- Das universelle Freiheits- und Gleichheitsprinzip wird abgelehnt,
- einer Gruppe wird Vorrang vor dem Individuum gegeben (der Wert eines Menschen hängt demnach von seiner Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft ab),
- die pluralistische Demokratie wird nicht akzeptiert.

(22) Diên Hồng e.V. Presseinfo 35/2002 „Urteile im Lichtenhagen-Prozess gesprochen“

tafel 11

Sprücheklopfer

Argumente gegen den Dumpfsinn

Rassistische Behauptungen sind entkräftbar – Augen auf!

👁 Die Behauptungen von Rechtsradikalen stehen jeweils rechts, die Entkräftungen links.

Das Wort Rassismus leitet sich vom Französischen *race*, dem Spanischen *raza* und dem Arabischen *ras* ab mit der Bedeutung „Ursprung“. ²³ Rassismus teilt Menschen anhand bestimmter Merkmale in höher- oder minderwertige Gruppen ein und behauptet die Überlegenheit der eigenen Gruppe über die andere. Merkmale für diese Einteilung sind: die Hautfarbe, die Nationalität oder Herkunft, Kultur oder Religion. ²⁴

"Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter."
(Goethe)

FAKTEN STATT BEHAUPTUNGEN:

- „Deutschland den Deutschen“
- **So nicht!** Radikaler Nationalismus ist eine Form nicht gelungener Identitätsbildung.

Es ist im Kern nicht falsch, sich die Frage zu stellen, wie sich deutsche Kultur und deutsche Identität definieren. Aber dies darf sich nicht in plakativen Begriffen wie „Patriotismus“, „Nationalstolz“ oder „deutscher Leitkultur“ erschöpfen. Die Auseinandersetzung mit dieser Frage sollte differenzierter geführt werden.

Gründe für die mangelnde Herausbildung einer vernünftigen und vor allem demokratisch untermauerten nationalen Identität sind in der deutschen Geschichte zu suchen. Die sehr späte Bildung des deutschen Nationalstaates 1871 „von oben“, ohne Verknüpfung mit dem demokratischen Emanzipationsprozess des Bürgertums wie etwa in Frankreich oder Großbritannien, hat die Herausbildung der Nation im kollektiven Bewusstsein eben nicht mit dem Selbstbewusstsein der erkämpften Demokratie verbunden. Der Begriff „Nation“ war assoziiert mit der reaktionären Großmachtpolitik des Obrigkeitsstaates, nicht aber mit demokratischer Tradition. Das Scheitern der ungeliebten Weimarer Republik, die Katastrophe des Nationalsozialismus und die folgende Teilung Deutschlands verbunden mit ungenügender Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte haben die Herausbildung einer vernünftigen nationalen Identität bis heute verhindert.

(23) Knauer, Lexikographisches Institut München, Band 11, Stichwort Rassismus

(24) Dokumentations- und Informationszentrum Deutscher Sinti und Roma – www.dir-info.de

Dabei gehören zur deutschen Geschichte nicht nur Krieg und Verfolgung, sondern auch Toleranz und die Bereicherung durch Zuwanderung. In Preußen z. B., fanden viele verfolgte Minderheiten Zuflucht – wie etwa die Hugenotten, die die deutsche Kultur wesentlich mit geprägt haben.

■ **Fazit:** „Wir sollten Selbstbewusstsein hinsichtlich unserer aufklärerischen und emanzipativen Traditionen zeigen und diese Traditionen immer wieder selbstkritisch hinterfragen.“²⁵

■ **„Ausländer raus.“**

■ **Im Gegenteil!** ein Blick in die "gute, alte (Kaiser-)Zeit", als noch alles "besser" war, offenbart: 1910 betrug der Anteil Ausländer in Deutschland 10%! Heute bilden Migranten in Deutschland dagegen nur etwa 9% der Gesamtbevölkerung.

Entlarvend ist das Argument, es seien zu viele Ausländer in Deutschland, ganz besonders dann, wenn es von solchen Menschen kommt, die die Zeit des Naziterrors als politisches "Vorbild" sehen. 1944 waren ca. 20% aller Beschäftigten Ausländer (v.a. sogenannte Fremdarbeiter)! Damit wird klar, dass diejenigen, die "Ausländer raus" schreien, in Wirklichkeit nur eine Rechtfertigung suchen, um Ausländer als billige und rechtlose Arbeitskräfte zu behandeln.

Etwa zwei Drittel der in Deutschland lebenden Ausländer lebte 2002 schon acht Jahre oder länger in Deutschland und hatte damit die für eine Einbürgerung notwendige Aufenthaltsdauer erreicht. Etwa 20 % der hier lebenden Ausländer wurden bereits in Deutschland geboren. Sie werden hier aber immer noch als "Ausländer" behandelt, während in den meisten anderen europäischen Ländern die in diesem Land geborenen Menschen die jeweilige Staatsangehörigkeit dieses Landes erhalten (und dann in der Statistik auch nicht mehr als "Ausländer" auftauchen).

Die deutsche Bevölkerung vergreist und schrumpft stark. Derzeit ist in Deutschland bereits jeder fünfte Bürger über 60 Jahre alt – schon in drei Jahrzehnten wird das Land die zweitälteste Bevölkerung aller Staaten der Welt aufweisen. Das hat Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, für den Arbeitsmarkt, für die gesamte staatliche Entwicklung. Ohne jeden Zuzug würde die Bevölkerung in der Mitte des 21. Jahrhunderts von derzeit 82 Millionen auf nur noch 59 Millionen Einwohner schrumpfen – das "Boot" ist also noch lange nicht "voll". Nur um die Bevölkerungszahl zu halten, müssten laut UNO jährlich 324 000 Zuwanderer nach Deutschland kommen.

■ **Fazit:** Wir sind auf steigende Einwanderungsraten von Ausländern nach Deutschland angewiesen! Deutschland

(25) M. Hufner: Identität, Nation und Globalisierung –
www.kritische-musik.de/noframes/2002-nation.shtml

muss sich endlich einer rationalen Diskussion des Themas Zuwanderung stellen, um Konzepte zu ihrer Gestaltung zu entwickeln.

- **„Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg.“**
- **Falsch!** Ein Arbeitsplatz kann erst dann mit einem Nicht-EU-Ausländer besetzt werden, wenn sich zuvor kein Deutscher oder EU-Bürger für diese Stelle findet.

Innerhalb der EU gilt das Prinzip der Freizügigkeit. So, wie jeder Deutsche sich in jedem anderen EU-Land eine Arbeit suchen kann, so gilt das natürlich auch für die Bürger der anderen EU-Länder in Deutschland.

Wenn wir keine Ausländer beschäftigen würden, gäbe es in bestimmten Branchen sehr schnell Engpässe wie z. B. in der Gastronomie oder bei der jährlichen Wein- oder Spargelernte, bei der es kaum gelingt, deutsche Sozialhilfeempfänger für diese Tätigkeiten zu gewinnen.

Ausländer schaffen teilweise selbst Stellen: Gerade die Türken – mit 2,1 Millionen die größte Gruppe der 7,4 Millionen Ausländer in Deutschland – sind zunehmend erfolgreiche Unternehmer, die über 160 000 Arbeitnehmer beschäftigen, darunter auch Deutsche. Sie erwirtschaften einen Jahresumsatz von ca. 18 Milliarden. Das Rheinisch-Westfälische Institut hat nachgewiesen, dass die ausländischen Arbeitskräfte, die zwischen 1988 und 1992 in die deutsche Wirtschaft integriert wurden, allein 1992 durch ihren Beitrag 90.000 neue Arbeitsplätze in vor- und weiterverarbeitenden Branchen entstehen ließen. In den neuen Bundesländern hat die Beteiligung ausländischer Investoren mit mehr als 13,3 Milliarden 146.000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen.

- **Fazit:** Ausländische Investoren, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind ein wichtiges Standbein der deutschen Wirtschaft!

■ **„Ausländer liegen unserem Sozialstaat auf der Tasche.“**

- **Falsch!** Eine Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit in Bonn kam zu dem Ergebnis, dass jeder Einwanderer, der in Zukunft nach Deutschland kommt, dem Staat bei sofortiger Integration im Schnitt 53.000 mehr Einnahmen als Ausgaben bringen würde.²⁶ 1991 zahlten Ausländer z.B. 6,5 Milliarden DM in die deutsche Rentenversicherung ein, erhielten aber nur 1,9 Milliarden DM an Renten ausgezahlt. Sie tragen also wesentlich zur Stabilität unserer Sozialversicherungssysteme bei und entlasten die Rentenkassen.

- **Fazit:** Ausländer tragen wesentlich zur Stabilität unserer Sozialversicherungssysteme bei und entlasten die Rentenkassen!

(26) A. Storn: Was Ökonomen zur Migration sagen In: Die Zeit vom 21.3.2002, S.20.

■ „Ausländer sind kriminell.“

■ **Nein!** Die Behauptung, Ausländer tendierten mehr zu Straftaten als Deutsche, lässt sich nicht aufrechterhalten. Sie beruht auf Statistiken zu Tatverdächtigen, nicht auf die Anzahl tatsächlich einer Straftat Überführter. Bei polizeilichen Kontrollen werden ausländisch Aussehende besonders häufig kontrolliert, weswegen sie automatisch entsprechend häufiger in eine Verdächtigen-Statistik einfließen.

Bei der Nennung ausländischer Tatverdächtiger zählen auch ausländische Touristen, Angehörige der bei uns stationierten NATO-Streitkräfte und Menschen ohne legale Aufenthaltserlaubnis, die in der Bevölkerungsstatistik jedoch nicht auftauchen.

Ausländer werden wegen Taten beschuldigt, für die Deutsche gar nicht angezeigt werden können (z.B. Asylbewerber wegen Verletzung der Residenzpflicht, vgl. Tafel 17). 1999 waren etwa 30% aller von Ausländern begangenen Delikte ebensolche wie unerlaubte Einreise, Scheinehe oder Einschleusen von Ausländern.

Statistisch gesehen sind junge Männer bis 35 Jahre besonders gefährdet, kriminelle Taten zu begehen. In dieser Altersgruppe ist der Anteil Ausländer besonders hoch. Damit stellen diese automatisch einen vergleichsweise hohen Anteil der „Risiko-Gruppe“.

Jeder Mensch ist ein Individuum. Eine hochkomplizierte Mischung aus ererbten Anlagen, Erfahrungen, wesentlich geprägt von der Umwelt, auch von kulturellen Traditionen. Menschen lernen und verändern sich lebenslang und passen sich jeder auf seine Weise den Gegebenheiten seiner Umgebung an. Es gibt keine kriminelle Volksgruppen, es gibt einzelne Menschen, die kriminell sind, in jedem Land der Erde, in jedem Volk. Deshalb können „Ausländer“ weder schlecht noch gut sein, es sind schlicht und einfach Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Was der Einzelne für ein Mensch ist, mit guten oder schlechten Charaktereigenschaften, muss man selbst herausfinden.

■ **Fazit:** Kriminalität hat keine Nationalität!

Quellen: Richter, Wolfgang, mündl. Auskunft (2003 und 2004) und www.loester.net/fakten-print.htm

tafel 12

Ursachen für Rechtsextremismus

Die Entstehung von Rechtsextremismus wird sehr unterschiedlich bewertet.

Es gibt sehr unterschiedliche Definitionen des Begriffs Rechtsextremismus je nach vertretener Lehrmeinung. In einer jüngsten Forschungsstudie werden sechs Ausrichtungen rechtsex-

tremer Einstellungen unterschieden: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, National-Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus.²⁷

Im Gegensatz zum Rechtsradikalismus, der die Grenzen der Verfassung nicht überschreitet, verstößt Rechtsextremismus in der Verknüpfung von Rassismus und Gewalt gegen Grundsätze der deutschen Verfassung. Dennoch ist sein Nährboden in der Mitte unserer Gesellschaft, nicht bei Randgruppen zu suchen.²⁸ (Vgl. Tafel 2)

Für eine vertiefende Studie der Ursachen von Rechtsextremismus empfehlen wir weiterführende Literatur.²⁹

tafel 13

Völkerwanderung *Sehnsucht und Träume*

Ob Völker, Gruppen oder Einzelpersonen wandern – Migration war, ist und wird auch in Zukunft ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor und eine Herausforderung sein. Gewisse Grundbedürfnisse haben wir mit allen Menschen gemein.

👁 Die Wortassoziationen im unteren Teil spiegeln die Vielfalt des Lebens in Deutschland wider. Links sind Bezeichnungen von Menschen, rechts sind Empfindungen und Handlungen, die alle genannten Menschen miteinander verbinden.

Die letzte große Auswanderungswelle ergriff Deutschland zwischen 1850 und 1900, als ca. 250.000 Mecklenburger auswanderten. 200.000 von ihnen gingen nach Übersee, vorzugsweise in die USA. Viele von ihnen trieb die Hoffnung nach eigenem Grund und Boden. So gesehen waren sie „Wirtschaftsflüchtlinge“. Damit war Mecklenburg das Land, das im Verhältnis zu seiner Bevölkerung den höchsten Prozentsatz an Auswanderern stellte.³⁰

Auswanderung von Deutschen hat es immer gegeben. Zurzeit ziehen jährlich über 100.000 Deutsche ins Ausland. Die Wanderungsbewegungen seit den 50er-Jahren zeigen: Die Bundesrepublik ist seit ihrem Bestehen ein Einwanderungsland d.h. im Schnitt sind mehr Menschen in die Bundesrepublik eingewandert als ausgewandert.

Immigration nach Deutschland birgt Chancen sowohl für die hiesige Gesellschaft und ihre Bürger als auch für die Zugewanderten. Zugleich stellt sie eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar. Die Bereitschaft, Unterschiede auszuhalten, ist für die Demokratie in Deutschland lebensnotwendig.

(27) E. Brähler und O. Niedermayer (2002): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland.

(28) Vgl. Argumente.netzwerk antirassistischer bildung e.V. (2002): " ... in der Mitte angekommen." Rechtsextremismus und gesellschaftliche Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern.

(29) M. Brodtkorb und T. Schmidt (2002): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus?; www.jugendkulturen.de/netzwerk/biblio.html

(30) I.M.A.R. – Institute for Migration and Ancestral Research e.V. Rostock – www.imar-mv.com

Deshalb sollte der Anspruch des Grundgesetzes, dass alle in Deutschland lebenden Menschen dieselben Rechte und Pflichten haben, mit Leben gefüllt werden, einerseits, indem politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die klar definiert sind und reale Integrationschancen bieten, und andererseits auch durch das Verhalten jedes Einzelnen. (Vgl. Erläuterungen Tafel 14)

In Rostock lebende Menschen ausländischer Herkunft beschrieben 2003 ihre Wünsche für das interkulturelle Zusammenleben mit anschaulichen Worten. ³¹

„Viele ImmigrantInnen haben Sehnsucht danach, ihre Kompetenzen einbringen und sich nützlich machen zu können. Das sollte in einer Demokratie eigentlich möglich sein.“

„Ich empfehle den Deutschen, mehr über ihren Tellerrand zu blicken. Dann würden sie sehen, dass es andere gibt, die es noch knapper haben.“

„Ich träume davon, dass die Menschen verschiedener Nationalitäten eines Tages ihre Grenzen überwinden und von einem Teller essen. Ängste vor Fremdartigem lassen sich überwinden durch mehr Anteilnahme.“

„Ich wünsche mir noch viel mehr Gelegenheiten, Menschen aller Nationen mit ihren Kulturen erleben zu können.“

Tafel 14

tafel 14

Ausländer und Inländer

Zuwanderung in Deutschland

Gesetzliche Rahmenbedingungen sind für eine erfolgreiche Integration entscheidend.

Ausländer ist, wer sich auf deutschem Territorium aufhält und keinen deutschen Pass besitzt. Spätaussiedler verfügen über einen deutschen Pass und sind daher deutsche Immigranten.

In Rostock leben zurzeit lediglich 3 % Ausländer. Davon leben fast 75 % dauerhaft in der Hansestadt und 4 % sind Asylbewerber. ³²

Während die Väter des Grundgesetzes festlegten: „Politisch Verfolgte genießen Asyl“, wurde dieser Artikel 1993 im Sinne der Einschränkung des Zugangs zu den Verfahren (Drittländerregelung, Flug- und Seehafenregelung, Regelung sicheres Herkunftsland) erheblich eingeschränkt. Parallel dazu wurden die Grenzkontrollen verschärft. (Zur Verdeutlichung des Maßes an Abschottung: 1992 waren 438.000 Asylbewerber registriert worden (als die höchste absolute Zahl von Europa), 2003 waren

(31) Interview-Aufzeichnungen von Lena Fassnacht, Bunt statt braun e.V., September 2003

(32) Wolfgang Richter, 2003 mündliche Auskunft

es 78.000, also weniger als z. B. im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland. ³³⁾

Experten mahnen immer wieder eine umfassende Regelung von Zuwanderung und vor allem von Integration an. „Die Kosten unterbliebener oder fehlgeschlagener Integration sind für die Gemeinschaft deutlich höher als die sinnvolle Integration im Umfeld“, heißt es auf der Internetseite der Bundesregierung. ³⁴⁾

Während die CDU regierte, war das Eingeständnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, tabu. Erst Rot-Grün nannte diese Tatsache beim Namen, setzte die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts in Kraft und entwarf ein Zuwanderungsgesetz. Dieses Gesetz würde Vor- und Nachteile für Asylbewerber mit sich bringen. ³⁵⁾ Da die Vorteile überwiegen würden, findet es Unterstützung durch Migrantenvereine. Als besonders wichtig werden die klaren Richtlinien für die völkerrechtskonforme Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention für das Bundesverfassungsgericht gewertet.

Aber das Zuwanderungsgesetz trat nicht – wie vorgesehen – am 1. Januar 2003 in Kraft, wovon zur Zeit der Fertigstellung der Ausstellung noch ausgegangen wurde. Das Bundesverfassungsgericht stoppte auf Initiative der CDU das rot-grüne Zuwanderungsgesetz. Zurzeit wird im Vermittlungsausschuss über einen Kompromiss diskutiert. Der Großteil der Änderungsanträge trägt restriktiven Charakter.

Die Bundesregierung verteidigt das Zuwanderungsgesetz unter anderem mit der Argumentation, „Asylmissbrauch“ werde durch das Gesetz eingedämmt und die „Belastung der Sozialkassen“ minimiert. Diese Sprachwahl nährt wiederum ausländerfeindliche Haltungen. Politik sollte deutlich machen, dass Ausländer bei uns willkommen sind!

Gerhard Schröder forderte bei rechtsextremistischen Ausschreitungen einen „Aufstand der Anständigen“. Hajo Funke, Professor für Politik und Kultur der FU Berlin, fordert, dass zum „Aufstand der Anständigen“ der „Anstand der Zuständigen“ ³⁶⁾ treten müsse.

tafel 15

Bunte Republik Deutschland

Ein Lied von Udo Lindenberg

Ob man ein „Arschloch“ sei oder nicht, habe nichts mit der Kultur zu tun, der man angehört oder dem Lebensstil, den

(33) Wolfgang Richter, 2003 mündliche Auskunft

(34) www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Innenpolitik-,9671/Fragen-und-Antworten-zum-Zuwan.htm

(35) Pro Asyl: Stellungnahme zum Entwurf des Zuwanderungsgesetzes – www.proasyl.de/texte/gesetze/brd/zuwanderungsgesetz/positionen/proasyl28august.htm#zusammen

(36) W.-D. Just: Zivilcourage zeigen für Menschenrechte – www.amos-blaetter.de/AR-Just-Zivilcourage-VT.html

man pflegt, meint Udo Lindenberg in seinem Song „Bunte Republik Deutschland“.

Ein „Arschloch“ ist, wer sich über die Würde eines anderen Menschen hinwegsetzt, ihn beleidigt, bedroht oder verletzt.

Es gibt mehr als nur schwarz oder weiß. Man wird nicht als demokratisch denkender Mensch geboren, sondern sollte sich diese Position im Laufe seines Lebens immer wieder neu erarbeiten. Voraussetzung dafür ist der Wille, kein „Arschloch“ sein zu wollen, sowie eine für Bürgerbedürfnisse durchlässige Politik.

Tafel 16

17

tafel 16

Mitmenschen

Zwei junge Vietnamesen erzählen über ihr Leben in Rostock.

Die beiden Schüler wollten eigentlich nicht interviewt werden, weil sie als ganz normale Jugendliche angesehen werden wollen, nicht als ehemalige Opfer. Die in Rostock lebenden Ausländer wollen die Gleichbehandlung.

Der Ausländerbeirat der Hansestadt Rostock (ABRO) kämpft dafür auf Verwaltungsebene mit konkreten Forderungen. Der wenige Wochen nach den rechtsextremistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen gegründete Beirat ist heute das wichtigste kommunale Gremium der Interessensvertretung der ausländischen Einwohner und Einwohnerinnen der Hansestadt (Tafel 21). Der Schwerpunkt der ersten Jahre, die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern und eine bessere Betreuung in den Heimen zu erreichen, wurde bewältigt. Gemeinsam mit den Immigrantensorganisationen soll nun die Beteiligung an kommunalen Ereignissen vermehrt werden. Der Ausländerbeirat organisiert und koordiniert die Multikulturellen Wochen in Rostock. Für die Bürgerinitiative Bunt statt braun e.V. ist er einer der wichtigsten Kooperationspartner.

tafel 17

Asylbewerber heute

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Situation von Asylbewerbern trotz großer Fortschritte noch nicht zufriedenstellend. Analyse von Fluchtgründen und Ursachenvermeidung.

Die Tafel ist in drei untereinander folgende Abschnitte gegliedert.

■ Oberer Abschnitt

Die Ursachen von Flucht lassen sich durch Abschottungs- und Abschreckungsmaßnahmen nicht beheben. Europäischer Wohlstand steht zum Teil mit Ausbeutung in denjenigen Ländern in Zusammenhang, in denen heute Armut herrscht. Deutschland kann zur Beseitigung von Fluchtursachen beitragen.

Mecklenburg-Vorpommern hat am 1. Juli 2003 als erstes Bundesland die seit 1982 bundesweit geltende so genannte „Residenzpflicht“ gelockert. Seither können sich fast alle Asylbewerber immerhin innerhalb einer von vier Regionen Mecklenburg-Vorpommerns frei bewegen.

■ Mittlerer Abschnitt

Die gesetzliche Mindest-Ausstattung von Asylbewerber-Wohnheimen ist dürftig. Die Realität steht in krassem Widerspruch zu der oft anzutreffenden Meinung, Asylbewerber würden im Luxus leben. In der Realität leben sie unter Sozialhilfeniveau. Sie erhalten nur durchschnittlich 80% der Leistungen von Sozialhilfe-Empfängern. Lebensqualitätsmindernd sind aber vor allem Einschnitte in der medizinischen Versorgung: Asylbewerber können nur in dringenden, unabweislichen Fällen medizinische Hilfe in Anspruch nehmen, es sind nur Notbehandlungen möglich.

In allen Bundesländern außer in Mecklenburg-Vorpommern erhalten Migranten Gutscheine anstatt Bargeld. In Mecklenburg-Vorpommern dagegen trat am 1. Juli 2002 zusammen mit der Lockerung der Residenzpflicht ein entsprechendes Gesetz in Kraft, in dessen Folge fast alle Asylbewerber hierzu-lande Geld zur Deckung des täglichen Bedarfs erhalten.

Quelle: Richter, Wolfgang (2003) mündliche Auskunft

■ Unterer Abschnitt

Die Unterbringung der Asylbewerber entspricht noch nicht überall den Anforderungen, die in der Gemeinschaftsunterkunftsverordnung vom 6. Juli 2001 formuliert sind. Weil diese Art von Unterbringung eine menschliche Zumutung für die Asylbewerber darstellt, beschloss die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns 1998 im Alleingang den so genannten „Dschungel-Heim-Erlass“, der beinhaltet, dass bis Jahresende 2003 fernab von Ortschaften liegende Flüchtlingsheime in die Nähe von Dörfern und Städten verlegt werden sollen.

In fast allen Städten und Gemeinden, die als Heimstandorte im Gespräch waren, gab es heftigsten Widerstand sowohl der Anwohner als auch der Kommunalpolitiker. In fast allen Fällen wurde inzwischen eine Lösung gefunden. Die letzten beiden betroffenen Flüchtlingsheime werden im Laufe des Jahres 2004 aufgelöst werden.³⁷

In Rostock und Wolgast wurde das Modell der dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern entwickelt. Das heißt, dass sie zwar innerhalb der Städte untergebracht sind, aber auf verschiedene Zentren verteilt werden. Diese zufriedenstellende Lösung erfordert aktives Konfliktmanagement (Tafel 18).

(37) Aktuelles unter www.lobbi-mv.de

tafel 18 bis 21

Tafel 18 bis 21

In Rostock soll sich ein jeder Mensch – gleich welcher Ethnie oder sozialen Status' – sicher und wohl fühlen können. „Rostock miteinander. Für eine friedliche, weltoffene und demokratische Gesellschaft.“ Unter diesem Motto setzt sich ein breiter Querschnitt der Rostocker Bevölkerung für ein von gegenseitigem Respekt geprägtes Zusammenleben in Vielfalt ein. Seit den rassistischen Ausschreitungen in Lichtenhagen 1992 und insbesondere seit dem Versuch der NPD, das „Sonnenblumenhaus“ mit einer bundesweiten Abschluss-Wahlkundgebung erneut zu stigmatisieren, reagieren große Teile der Rostocker Bevölkerung sensibel auf rechtsradikale Aktivitäten.

Dies spiegelt sich auch in einem breiten Spektrum an Initiativen und Vereinigungen wider, die sich in den letzten Jahren formierten, um gegen Rechtsextremismus und für Integration einzutreten. Die Bürgerinitiative Bunt statt braun e.V. versteht sich als eine von vielen Vertreterinnen der Idee „bunt statt braun“. In den letzten Jahren gründeten sich eine Reihe von Migrantenvereine, die sich für die interkulturelle Verständigung und die Selbstbestimmung und Gleichbehandlung ihrer Landsleute einsetzen.

Die acht Migrantenvereine Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V., Talide e.V., Freunde der russischen Sprache e.V., Afrikanische Bürgerinitiative Rostock e.V., Vereinigung Togolesischer Staatsbürger in M-V e.V., Das Arabische Zelt e.V., Deutsch-Islamischer Treffpunkt e.V. und der Islamische Bund e.V. bilden zusammen den Ausländerbeirat der Hansestadt. Ähnlich wie die Jüdische Gemeinde und die Muslimische Gemeinde wollen sie von sich aus auf das gesellschaftliche Leben in der Stadt Einfluss nehmen.

tafel 18 Projektarbeit *Aktiv für Integration*

Die beiden bedeutungsvollsten Integrationsprojekte in Rostock, das Projekt MIGRA von Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V. und das Projekt IGEL des Vereins Ökohaus e.V. Rostock, stellen sich und ihre Arbeitsschwerpunkte vor.

tafel 19

Die Betreuung der Asylbewerber in Rostock

Ein Projekt des Ökohaus e.V.

Der Verein Ökohaus e.V. Rostock stellt sein bewährtes Modell der dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern vor. Seit 1997 betreut er ein, seit 2000 zwei Asylbewerberheime sowie eine Reihe von Integrationsmaßnahmen.

tafel 20 Projektarbeit *Aktiv gegen Rechtsextremismus*

Drei über die Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns hinaus bekannt gewordene Projekte gegen Rechtsextremismus stellen sich vor:

- LOBBI e.V. („Aktiv für Betroffene rechter Gewalt“),
- Bürgerinitiative Bunt statt braun e.V. (Aktion SOS-Eingang – Rostock bekennt Farbe“),
- AKTIONCOURAGE e.V. („Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“).

AKTIONCOURAGE e.V. bietet gerade für weiterführende Schulen eine attraktive Möglichkeit, Eigeninitiative gegen Rassismus und Gewalt zu entwickeln und sich damit eine Auszeichnung zu verdienen. Das Ernst-Barlach-Gymnasium in Schönberg zeigt, wie es geht.

tafel 21

Vereine in Rostock

Zuwanderung und Integration

Die sechs bedeutungsvollsten Rostocker Anlaufstellen für Zuwanderung und Integration stellen sich mit ihren Zielen, Aktivitäten und Ansprechpersonen vor:

- Der Ausländerbeirat der Hansestadt Rostock (Vgl. Tafel 16),
- Ökohaus e.V. Rostock (Vgl. Tafeln 18 und 19),
- Diên Hông – Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Vgl. Tafel 18),
- Regionale Arbeitsstelle für Jugendliche, Schule und interkulturelle Arbeit in Rostock e.V. (RAA),
- Im Rostocker Freizeitzentrum e.V.,
- AWO-Sozialdienst GmbH – Jugendgemeinschaftswerk (JGW).

tafel 22

Vereine in Rostock

Für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Sieben besonders aktive Rostocker Vereinigungen charakterisieren sich selbst in aller Kürze:

- Bürgerinitiative Bunt statt braun e.V.,
- Netzwerk für Demokratie und Courage,
- Für Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern e.V. (inzwischen aufgelöst),
- LOBBI – Landesweite Opferberatung, Beistand und Informationen für Betroffene rechter Gewalt e.V.,
- Stiftung Begegnungsstätte für jüdische Geschichte & Kultur in Rostock „Max-Samuel-Haus“
- Schüler gegen Rechts in Mecklenburg-Vorpommern,
- Die Jusos.

tafel 23

Hansestadt Rostock

Modern, tolerant und weltoffen

*Der heutige Oberbürgermeister der Stadt Rostock, Arno Pöker:
„Viele Fehler sind damals gemacht worden, auch in unserer
Stadt. Dafür entschuldige ich mich bei den Betroffenen.“*

Tafel 23

24

Er räumte Fehler ein, die nicht nur, aber auch auf Seiten der Stadt gemacht wurden. Die Zukunft könne nur gewinnen, wer aus der Vergangenheit lerne. Die Erinnerung müsse der Hansestadt eine beständige Mahnung und Verpflichtung zugleich sein, um mit ihren Anstrengungen für ein friedliches, tolerantes und respektvolles Zusammenleben der Menschen in Rostock unermüdlich fortzufahren und vor dem Hintergrund des Gestern das Heute und Morgen zu gestalten, erklärte Pöker in seiner Begrüßung zur Erinnerungsveranstaltung zum 10. Jahrestag der rechtsextremistischen Ausschreitungen von Lichtenhagen 1992.³⁸

Aktivitäten in Rostock, die das interkulturelle Zusammenleben in der Hansestadt – aus dem Blickwinkel von Bunt statt braun e.V. – wesentlich geprägt haben seit 1992:

- Oktober 1992 erste Wahl des Ausländerbeirates der Hansestadt Rostock
- jährlich stattfindende Multikulturelle Wochen
- 23. August 1993: Podiumsdiskussion „Ein Jahr danach“ im Festsaal des Rathauses
- 19. September 1997: Initiierung des Bündnisses gegen Rechts, Demonstration mit 20.000 Bürgerinnen und Bürgern zur Verhinderung der bundesweiten Abschlusskundgebung der NPD-Bundeskampagne vor dem „Sonnenblumenhaus“.
- 1998 bis 2002: jährliches Friedensfest in Rostock
- Herbst 2002: Erinnerungsveranstaltung der Bürgerschaft, Podiumsdiskussionen, Filmvorführung und Friedensfest mit etwa 10.000 Teilnehmenden anlässlich des 10. Jahrestages der rechtsextremistischen Ausschreitungen von Lichtenhagen. Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V. und der Ausländerbeirat der Hansestadt Rostock – beide zeitnah nach den Ausschreitungen gegründet – feiern ihr 10-jähriges Bestehen.
- 2003: besonders zahlreiche interkulturelle Höhepunkte u. a. mit der IGA 2003, der „Nacht der Kulturen“, den Multikulturellen Wochen, den Kulturwochen des AStA/StuRa u. v. m.

tafel 24

Bunte Stadt Rostock

Impressum der Ausstellung

Dazu Impressionen von der Innenstadt Rostocks aus dem Jahr 2002.

(38) A. Pöker (2002) in seiner Begrüßungsrede, In: Hansestadt Rostock Pressestelle (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach.

Insgesamt waren 21 Organisationen mit über 30 Einzelpersonen in die Entwicklung der Ausstellung involviert.

Die Ausstellung wurde am 24. August 2002 am 10. Jahrestag der rechtsextremistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im Rahmen des Friedensfestes eröffnet. Seitdem ist sie in vielen Einrichtungen und Schulen in ganz Mecklenburg-Vorpommern gezeigt worden.

Bei Interesse an einer Ausleihe bitte an die Geschäftsstelle Bunt statt braun e.V. wenden, Lange Str. 9, 18055 Rostock, post@buntstattbraun.de, Tel.: 0381 / 252 35 61.

Ausblick

Ausblick

Das Zusammenleben von Menschen wird sicherlich nie unproblematisch sein. Gebürtige und Zugewanderte wollen mit ihren Eigenheiten und zugleich mit ihren Ängsten und Vorbehalten ernst genommen werden. Neben z. T. unrealistischen Ängsten in der Bevölkerung treten auch eine Reihe realer Probleme auf, für die Lösungen gefunden werden sollten. Darin und in der Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, liegt der Schlüssel für ein gelungenes Miteinander.

Wenn wir uns selbst akzeptieren können und lernen, unsere Familienmitglieder, ja unsere Nachbarn ebenfalls zu akzeptieren, dann wird es uns nicht schwer fallen, in gegenseitiger Achtung mit ausländisch aussehenden Mitmenschen umzugehen. Häufig kann allein schon eine Klärung unterschiedlicher Erwartungen im Rahmen eines Gespräches Wunder bewirken. Bildung, Sprachenkenntnisse und Reiseerfahrungen erleichtern den Austausch. Zur Unterstützung brauchen wir „keine Ausländerpolitik, die Stimmungen folgt, sondern Stimmungen lenkt“, ³⁹ indem sie ausdrückt, dass Zuwandernde bei uns willkommen sind.

In Anbetracht der Prognose, dass die Bevölkerungszahl in Deutschland bis 2050 auf wahrscheinlich 75 Mio. Einwohner (heute 82,5 Mio. Einwohner) sinken wird, sind wir, allein um die Bevölkerungszahl zu halten, auf 200.000 Zuwanderer pro Jahr angewiesen.⁴⁰ Die Perspektive der EU-Osterweiterung fordert außerdem geradezu heraus, dass wir lernen, tolerant miteinander umzugehen und die Chance der Bereicherung in der Begegnung mit ausländischen Menschen erkennen. Biologische Systeme bestätigen uns: Monokulturen sind anfällig gegenüber Krankheiten und Schädigungen, Vielfalt erlaubt Selbstregulierung. Vielfalt statt Einfalt. Bunt statt braun.

Es würde der Region mindestens auf wirtschaftlicher und struktureller Ebene gut tun, den internationalen Austausch zu

(39) W.-D. Just: Zivilcourage zeigen für Menschenrechte – www.amos-blaetter.de/AR-Just-Zivilcourage-VT.html

(40) Statistisches Bundesamt: 10. koordinierte Bevölkerungszuwachsberechnung, Juni 2003

intensivieren. Universität und Hochschule sind auf Studierende und Forschende aus aller Welt angewiesen. Aus Begegnungen können Partnerschaften erwachsen, die allen Beteiligten zu Gute kommen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Region für ausländisch Aussehende sicher wird und ihnen im Alltag Gastfreundschaft oder zumindest derselbe Respekt entgegengebracht wird, der jedem Menschen gebührt. Es braucht eine Atmosphäre, die Mut macht zu Zivilcourage und damit eine Öffentlichkeit, die keine Beleidigung, Diskriminierung oder Gewalttätigkeit toleriert. In diese Richtung gibt es sicher noch eine Menge zu tun.

Das Jahr 2003 in Rostock war gespickt mit interkulturellen Höhepunkten, die Lust auf ein Miteinander in Vielfalt weckten. Viele deutsche und ausländische Einwohner wünschen sich für die Zukunft noch viel mehr Angebote in dieser Art. Es gibt noch eine Menge voneinander zu entdecken!

So hoffen wir, dass Sie, werte Leserinnen und Leser, werte Besucher der Ausstellung, aus der Lektüre einige lohnenswerte Erkenntnisse über die Situation von Flüchtlingen und Migranten oder über die Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie ziehen können.

Über inhaltliche Anregungen sowie über eine ehrenamtliche oder finanzielle Unterstützung zur Fortführung unserer Bildungs- und Projektarbeit würden wir uns sehr freuen.

👁 Hinweis zum Lesen der Tafel

Impressum

Gesamtverantwortung: Bürgerinitiative Bunt statt braun e.V., www.buntstattbraun.de

Geschäftsstelle: Lange Str. 9, 18055 Rostock,

Tel.: (0381) 252 35 61, email: post@buntstattbraun.de

Konzept, Text:

Lena Fassnacht, Geschäftsführerin Bunt statt braun e.V.

Antje Pose, freie Mitarbeiterin

Maxi Malzahn, Stellv. Vorsitzende Bunt statt braun e.V.

Übersetzung: Patrick Plant, freier Übersetzer

Layout und Druckerstellung: Werk3 – Agentur für Werbung und PR

Druck: Altstadt Druck Rostock, 2004

Wir danken für die finanzielle Unterstützung:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern

Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern

Für weitere wertvolle Unterstützung bedankt sich der Verein herzlich bei:

Dr. Wolfgang Richter, Ausländerbeauftragter der Hansestadt Rostock,

Mathias Rautenberg, Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern,

Vorstand Bunt statt braun e.V., Christina Wulf, Annette Knauf, Johanna Michallik,

Arne Schneider, Dethardt Götze, Steffen Ohm

Quellenverzeichnis Druckerzeugnisse:

- Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock – Untersuchungsausschuss „ZAST“ vom 08.11.1993.
- Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 03.11.1993.
- Argumente.netzwerk antirassistischer bildung e.V. (Hrsg.): „... in der Mitte angekommen“. Rechtsextremismus und gesellschaftliche Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern. Reihe antifaschistischer Texte, Hamburg 2002.
- Brähler, Elmar; Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002, Arbeitshefte aus dem Rudolph-Stammer-Zentrum, Nr. 6, Berlin/Leipzig 2002.
- Brodkorb, Mathias; Schmidt, Thomas: Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Friedrich-Ebert-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2002.
- Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V.: „Urteile im Lichtenhagen-Prozess gesprochen“. Presseinfo 35/2002.
- Hansestadt Rostock Pressestelle (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach – Rostock im August 2002. Rostocks Bürger auf dem Weg zur Demokratie 7, Rostock 2002.
- Knauer, Lexikographisches Institut München Band 11, Stichwort Rassismus
- Meyers Grosses Taschenlexikon, B.I. Taschenbuchverlag Mannheim, 1998
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern: Rahmenplan Interkulturelle Erziehung, Schwerin, 2002.
- Pöker, Arno, 2002, in: Hansestadt Rostock Pressestelle (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach – Rostock im August 2002. Rostocks Bürger auf dem Weg zur Demokratie 7, Rostock 2002.
- Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging. Berlin 2002.
- Schröder, Dieter, 2002, in: Hansestadt Rostock Pressestelle (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach – Rostock im August 2002. Rostocks Bürger auf dem Weg zur Demokratie 7, Rostock 2002.
- Statistisches Bundesamt; 10. koordinierte Bevölkerungszuwachsberechnung, Juni 2003
- Storn, Arne: Was Ökonomen zur Migration sagen. In: „Die Zeit“ vom 21.3.2002
- Thinh, Nguyen do, 2002, in: Hansestadt Rostock Pressestelle (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach – Rostock im August 2002. Rostocks Bürger auf dem Weg zur Demokratie 7, Rostock 2002.
- Wulf, Dieter: Feature: „Beifall für Brandsätze“, Deutschlandfunk 2002.

Quellenverzeichnis Internet:

- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002 – www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2002/ (21.12.2003).
- Bundesregierung: Fragen und Antworten zum Zuwanderungsgesetz – [www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Innen-politik,-9671/Fragen und Antworten-zum-Zuwan.htm](http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Innen-politik,-9671/Fragen%20und%20Antworten-zum-Zuwan.htm) (05.12.2003).
- Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung e.V. – www.dir-info.de (01.05.2004).
- Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma – www.sinti-und-roma.de (01.05.2004).
- Foitzik, Andreas; Rudolf Leiprecht, Athanasios Marvakis, Uwe Seid (Hrsg.): Ein Herrenvolk von Untertanen – www.uni-duisburg.de/Diss/Internetbibliothek/Buecher/Herrenvolk/K1.htm (01.05.2004).
- Huber, Herbert – www.cras-legam.de/HHZ0603.htm (12.12.2003).
- Hufner, Martin: Identität, Nation und Globalisierung. Regensburg 1999 – www.kritische-musik.de/noframes/2002-nation.shtml (30.11.2003).
- I.M.A.R. – Institute for Migration and Ancestral Research e.V. Rostock – www.imar-mv.com (01.05.2004).
- Just, Wolf-Dieter: Zivilcourage zeigen für Menschenrechte – www.amos-blaetter.de/AR-Just-Zivilcourage-VT.html (30.03.2004).
- Loester, Rüdiger: Ausländer in Deutschland. Fakten gegen Vorurteile – <http://www.loester.net/fakten1.htm> (01.05.2004).
- Net-Lexikon – www.net-lexikon.de/Suendenbock.html (01.05.2004).
- Pro Asyl: Stellungnahme zum Entwurf des Zuwanderungsgesetzes – www.proasyl.de/texte/gesetze/brd/zuwanderungsgesetz/positionen/proasyl28august.htm#zusammen (01.05.04).
- Rosenstock, Roland: Beschreibung, Analysen, Konzepte für den deutschsprachigen Journalismus. Opladen 1992 – www.lrz-muenchen.de/~EvTheol-PT/medienethik.htm (01.05.2004).
- Weiss, Günther: Sinti und Roma seit 600 Jahren in Deutschland. Eine Kurzfassung über Geschichte, Kultur und Verfolgung – www.zigeuner.de/01_geschichte_deutsche.htm (21.12.2003).

Weiterhin empfehlenswert:

- Funke, Hajo: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging. Berlin 2002.